

Stefan Troebst

## Der 23. August als euroatlantischer Gedenktag? Eine analytische Dokumentation

*Klaus Zernack zum 80. Geburtstag*

### Umkämpfte Deutungshoheit

Das Jahr 2009 war ein wahrhaft multiples europäisches Jubiläumsjahr: 20 Jahre »friedliche Revolution« 1989, 60 Jahre Grundgesetz sowie Gründung der Bundesrepublik Deutschland (und der DDR) 1949, 70 Jahre seit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939, 90 Jahre Pariser Friedenskonferenz 1919, 200 Jahre seit der Gründung des Großfürstentums Finnland innerhalb des russländischen Reichsverbandes,<sup>1</sup> 220 Jahre Französische Revolution 1789, um nur die wichtigsten zu nennen. In dieser Jubiläumsorgie nahm der 70. Jahrestag des am 23. August 1939 geschlossenen Hitler-Stalin-Pakts in der Mehrzahl der nationalen Erinnerungskulturen Europas keinen sonderlich prominenten Platz ein – die unmittelbar betroffenen Nationalgesellschaften Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien und Moldova, auch Finnland (und damit indirekt Schweden), natürlich ausgenommen. Neben dem übermächtigen Schatten des Epochenjahres 1989 war es vor allem die erinnerungskulturelle Dominanz des 1. Septembers 1939 – des Tags des deutschen Überfalls auf Polen –, welche die Wirkung des 23. August überlagerte. Klaus Zernack hat daher unlängst den 1. September 1939 als einen Tag, der »heute weltweit als Gedenkdatum für den Weltfrieden«<sup>2</sup> gilt, eingestuft:

- 1 Im Folgenden werden die im Russischen mit unterschiedlichem Inhalt gefüllten Adjektive *rossijskij* und *russkij* mit »russländisch« bzw. »russisch« wiedergegeben, und dies ungeachtet des Umstands, dass die Russländische Föderation (*Rossijskaja Federacija*) in der Nomenklatur des Auswärtigen Amtes als *Russische Föderation* firmiert. »Russländisch« meint das Staatsvolk und den Gesamtstaat samt imperialem Charakter, »russisch« charakterisiert ethnokulturell die Mehrheitsnation. Diese Unterscheidung ist ein Spezifikum des Russischen und Deutschen. Im Englischen und Französischen ist eine solche Differenzierung nicht möglich.
- 2 Klaus Zernack, 1. September 1939: als höchstes Stadium »Negativer Polenpolitik«, in: Etienne François / Uwe Puschner (Hg.), Erinnerungstage. Wende-

»In europäischer Perspektive bedarf es [...] keiner langen Diskussion, diesen 1. September 1939 – und das, was ihm sechs Jahre lang folgte und dann als seine Nachgeschichte im Kalten Krieg noch fast das ganze Jahrhundert prägte – als einen komplexen Erinnerungsort einer global verstandenen Schreckensgeschichte aufzufassen. Im weltgeschichtlichen Gedächtnis jedenfalls repräsentiert der 1. September 1939 das Datum mit dem stärksten Symbolcharakter für das 20. Jahrhundert. In vielen Ländern der Welt ist er zum Gedenktag erhoben, der an den Weltfrieden gemahnen soll. Ohne Zweifel haben wir es also mit einem global bedeutenden *lieu de mémoire* zu tun.«<sup>3</sup>

Die weltweite mediale Wirkung des polnischen Staatsakts auf der Westplatte bei Danzig am 1. September 2009 – mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem russländischen Ministerpräsidenten Vladimir V. Putin als den prominentesten Gästen von Premierminister Donald Tusk – belegt diese Aussage ebenso augenfällig wie die Klassifizierung des 1. Septembers als »aus polnischer Sicht die tiefste Zäsur des 20. Jahrhunderts« durch Zernacks polnischen Kollegen Jan Rydel.<sup>4</sup> Mit anderen Worten: Dem 1. September gegenüber nimmt sich der 23. August als nachrangig aus, und dies selbst in Polen, wohingegen er in »westeuropäischer« Perspektive als eine primär, wenn nicht gar ausschließlich ost(mittel)europäische Angelegenheit gilt.<sup>5</sup> Sogar in Deutschland als dem ehemaligen Vertragspartner fand der 70. Jahrestag des Nichtangriffspakts zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR samt Geheimem Zusatzprotokoll über die einvernehmliche Aufteilung Ostmitteleuropas

punkte der Geschichte von der Antike bis zur Gegenwart, München 2010, S. 305-318 und 437-440, hier S. 317.

3 Ebenda, S. 305.

4 Jan Rydel, Der 1. September als ein Fokus der Erinnerung, in: Stephan Raabe / Piotr Womela (Hg.), Der Hitler-Stalin-Pakt und der Beginn des Zweiten Weltkrieges / Pakt Hitler-Stalin i wybuch II Wojny Światowej, Warszawa 2009, S. 7-12, hier S. 12. Der Warschauer Zeithistoriker Jerzy Kochanowski hat allerdings zeitgleich darauf hingewiesen, dass dem polnischen Erinnerungsort »1. September 1939« mittlerweile harte Konkurrenz durch den *lieu de mémoire* »17. September 1939« – Tag des Einmarschs der Roten Armee in Ostpolen – erwachsen ist: »Der ›deutsche‹ Teil der polnischen Geschichte des Zweiten Weltkriegs wurde in einem solchem Maße in den Hintergrund geschoben, dass man den Eindruck gewinnen konnte, der Krieg habe nicht am 1. September 1939 begonnen, sondern siebzehn Tage später.« Vgl. ders., Der Kriegsbeginn in der polnischen Erinnerung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 36-37 (2009), S. 6-13, hier S. 12.

5 Stefan Troebst, Der 23. August 1939 – ein europäischer *lieu de mémoire*, in: Osteuropa 59 (2009) 7-8, S. 249-256, auch [www.eurozine.com/articles/2009-08-11-troebst-de.html](http://www.eurozine.com/articles/2009-08-11-troebst-de.html), letzter Zugriff: 30.06.2011.

in Interessensphären im Trubel des 20jährigen Jubiläums der »Friedlichen Revolution« so wenig mediale Aufmerksamkeit, dass sich eine Gruppe von Geschichtspolitikern, Intellektuellen und Historikern bemüßigt fühlte, einen Aufruf mit dem Titel »Das Jahr 1989 feiern, heißt auch, sich an 1939 zu erinnern« zu veröffentlichen und diesen explizit als »Erklärung zum 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts am 23. August 2009« zu bezeichnen.<sup>6</sup> Während dieser Appell in Polen auf großes öffentliches Interesse stieß,<sup>7</sup> blieb er in Deutschland bezeichnenderweise weitgehend unbemerkt.

Ebenfalls kaum Widerhall in den nationalen Öffentlichkeiten des größeren Europa fand ein Ringen um geschichtspolitische Deutungshoheit, das sich am erinnerungskulturellen Umgang der Europäer mit den Erblasten des Nationalsozialismus und des Stalinismus entzündete und dessen Fokus der Hitler-Stalin-Pakt als Kulminationspunkt beider Totalitarismen war. Akteure dieses Kampfes waren einerseits Geschichtspolitiker aus Ostmitteleuropa, die beträchtliche Unterstützung in Nordeuropa und anderen Teilen des Kontinents fanden, sowie andererseits geschichtspolitische Instanzen der Russländischen Föderation wie Präsident, Regierungschef, Ministerien, Geheimdienst, Staatsduma, Parteien, Kirche, Streitkräfte, Medien, NGOs und Geschichtswissenschaft.<sup>8</sup> Ausgefochten wurde dieser Kampf in den Arenen der Parlamentarischen

6 Das Jahr 1989 feiern, heißt auch, sich an 1939 zu erinnern! Eine Erklärung zum 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts. Berlin, 23. August 2009, in: Die Zeit 35 (20.08.2009), S. 22. Siehe auch [www.23august1939.de](http://www.23august1939.de), letzter Zugriff: 01.06.2011. Hier finden sich auch Übersetzungen ins Englische, Russische, Polnische, Tschechische und Ungarische.

7 Przepaszamy za 1939, dziękujemy za 1989. List niemieckich intelektualistów w 70. rocznicę II wojny światowej, in: Gazeta Wyborcza vom 21. August 2009, S. 1, [http://wyborcza.pl/1,76842,6948711,Przepaszamy\\_za\\_1939\\_dziekujemy\\_za\\_1989.html](http://wyborcza.pl/1,76842,6948711,Przepaszamy_za_1939_dziekujemy_za_1989.html), letzter Zugriff: 26. 06. 2011.

8 Zu dieser und anderen erinnerungskulturellen Trennlinien in Europa vgl. Charles S. Maier, Heißes und kaltes Gedächtnis. Zur politischen Halbwertzeit des faschistischen und kommunistischen Gedächtnisses, in: Transit. Europäische Revue 22 (2001/2002), S. 153-165; Stefan Troebst, Holodomor oder Holocaust? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 152 (04.07.2005), S. 8; ders., Jalta versus Stalingrad, GULag versus Holocaust. Konfligierende Erinnerungskulturen im größeren Europa, in: Berliner Journal für Soziologie 15 (2005), S. 381-400; Ulrike Ackermann, Das gespaltene Gedenken. Eine gesamteuropäische Erinnerungskultur ist noch nicht in Sicht, in: Internationale Politik 61 (2006) 5, S. 44-48; Heinrich-August Winkler, Erinnerungswelten im Widerstreit. Europas langer Weg zu einem gemeinsamen Bild von Jahrhundert der Extreme, in: Bernd Kauffmann/Basil Kerski (Hg.), Antisemitismus und Erinnerungskulturen im postkommunistischen Europa, Osnabrück 2006, S. 105-116.

Versammlungen des Europarats und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) – zwei paneuropäische Institutionen, in denen die Russländische Föderation Mitglied war (und weiterhin ist). Hinzu kamen etliche bilateral russländisch-ausländische Foren und Gremien, etwa mit Polen oder Deutschland. Keinen Hebel hingegen besaß Moskau gegenüber der Europäischen Union und ihrem Parlament, in welchem Abgeordnete aus Ostmitteleuropa ihr geschichtspolitisches Anliegen vom Beitrittsjahr 2004 an energisch voran bringen konnten. Entsprechend kulminierten deren mehrjährige Initiativen in Gestalt eines Vorschlags der Proklamierung des 23. August als »Europäischem Gedenktag an die Opfer von Stalinismus und Nazismus«, welchen die EU im Zeitraum von 2009 bis 2011 in die Form einer Aufforderung an die 27 Mitgliedsstaaten goss, den 23. August zum europaweiten Gedenktag »an die Opfer aller totalitären und autoritären Regime« zu erklären.<sup>9</sup> Damit hatte Moskau eine symbolträchtige geschichtspolitische Abwehrschlacht verloren, was zugleich die Revision der staatlichen Geschichtspolitik der Russländischen Föderation in Form einer Öffnung nach außen und innen im Jahr 2009 erklärt. Denn während noch zu Beginn des Jahres eine deutliche Verhärtung zu konstatieren war, wich diese im Sommer und Herbst einer beträchtlichen Liberalisierung mit selbstkritischen Elementen – ein Kurswechsel, der sich 2010 fortsetzte und auch ins Jahr 2011 hineinreichte.<sup>10</sup>

Die Initiative zur Ausrufung des 23. August zu einem Gedenktag für die Opfer der beiden durch Staatsterror und Massenmord geprägten totalitären Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts unter der symbolträch-

- 9 Zum Kontext vgl. Katrin Hammerstein / Birgit Hofmann, Europäische »Interventionen«: Resolutionen und Initiativen zum Umgang mit diktatorischer Vergangenheit, in: Katrin Hammerstein u.a. (Hg.), *Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit*, Göttingen 2009, S. 189-203; Katrin Hammerstein, *Europa und seine bedrückende Erbschaft. Europäische Perspektiven auf die Aufarbeitung von Diktaturen*, in: Werner Reimers Stiftung (Hg.), *Erinnerung und Gesellschaft. Formen der Aufarbeitung von Diktaturen*, Berlin (im Erscheinen).
- 10 Vgl. dazu grundlegend Wolfram von Scheliha, *Der Pakt und seine Fälscher. Der geschichtspolitische Machtkampf in Russland zum 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts* (in diesem Band) sowie ders., *Die List der geschichtspolitischen Vernunft. Der polnisch-russische Geschichtsdiskurs in den Gedenkjahren 2009-2010*, in: Etienne François / Robert Traba / Stefan Troebst (Hg.), *Strategien der Geschichtspolitik in Europa seit 1989 – Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich*, Göttingen (im Erscheinen). Siehe auch Tat'jana Timofeeva, »Ob gut, ob schlecht, das ist Geschichte«. Russlands Umgang mit dem Hitler-Stalin-Pakt, in: *Osteuropa* 59 (2009) 7-8, S. 257-271, und Jutta Scherrers Beitrag im vorliegenden Band.

tigen Bezeichnung »Black Ribbon Day« (in etwa: Trauerschleifen-Tag) ging von politischen Emigranten aus den baltischen Staaten und anderen ostmitteleuropäischen Ländern in Nordamerika aus. Zeitgleich mit dem Beginn von Perestrojka und Glasnost in der UdSSR fanden am 23. August 1986 erstmals Kundgebungen in der kanadischen Hauptstadt Ottawa und mehreren Großstädten der USA sowie in London, Stockholm und Perth in Australien statt. Bereits ein Jahr später, 1987, wagten Dissidentengruppen in den estnischen, lettischen und litauischen Sowjetrepubliken unter weiterhin stark repressiven Bedingungen erste öffentliche Gedenkfeiern abzuhalten, an denen Hunderte, gar Tausende Menschen teilnahmen. Und zum 50. Jahrestag des Pakts im Jahr 1989 bildeten über eine Million Esten, Letten, Litauer und mit ihnen sympathisierende Russophone eine gut 600 Kilometer lange Menschenkette - den »Baltischen Weg« bzw. die »Baltische Kette«, von Tallinn über Riga nach Vilnius. Seitdem sind die spätsowjetischen Kommemorationsen des 23. August und die Erinnerung an ihre überaus gefährlichen Umstände ihrerseits zu einem gesamtbaltschen *lieu de mémoire* geworden.<sup>11</sup>

Die Auflösung der Sowjetunion samt Wiederherstellung der Staatlichkeit Estlands, Lettlands und Litauens und dem Ende sowjetischer Hegemonie über Ostmittel- und Südosteuropa hatte die Aufnahme zahlreicher Staaten der Region (einschließlich der neuen Russländischen Föderation) in den Europarat, jene älteste, 1949 gegründete paneuropäische Institution, zur Folge. Entsprechend entwickelte sich die in Straßburg ansässige internationale Organisation zum Forum für geschichtspolitische Initiativen zur Bewältigung der Hinterlassenschaften der staatssozialistischen Diktaturen. In besonderem Maße galt dies für die mehrmals im Jahr tagende und aus den nationalen Parlamenten der Mitgliedsstaaten beschickte Parlamentarische Versammlung des Europarats samt ihren verschiedenen Komitees. 1996, als mit der Aufnahme Russlands und Kroatiens sämtliche Staaten Ostmitteleuropas und fast alle Nachfolgestaaten der UdSSR Europaratsmitglieder geworden waren, befasste sich die Parlamentarische Versammlung erstmals mit dem, was als »Erbe der ehemaligen kommunistischen totalitären Regime« bezeichnet wurde. Die maßgeblich von ostmitteleuropäischen Abgeordneten eingebrachte »Resolution 1096 (1996) on measures to dismantle the heritage of former communist totalitarian systems« zielte dabei auf Dezentralisierung, Entmilitarisierung, Privatisierung und Entbürokratisierung sowie *transitional justice* und Öffnung der Geheimpolizeiarchive im Zuge des Transformationsprozesses, nur am Rande auf »a transformation of mentalities (a transformation of

11 Vgl. dazu die Beiträge von Arūnas Bubnys, Katja Wezel und Karsten Brüggemann in diesem Band.

hearts and minds)«<sup>12</sup>. Bei den nun neu dazu gekommenen russländischen Parlamentariern stieß die Resolution ihres gegenwarts- und zukunftsbezogenen, nicht »historischen« Charakters wegen kaum auf Widerstand, zumal ein bereits 1995 von ostmitteleuropäischen, italienischen und britischen Abgeordneten eingebrachter Antrag zum Hitler-Stalin-Pakt von der Parlamentarischen Versammlung nicht behandelt worden war. Darin war die Rede von »a common approach of solidarity in rejecting the two totalitarian systems which gravely undermined the Europe of this century, namely nazism and bolshevism, and of condemnation of their complicity which is tragically embodied in the so-called Ribbentrop-Molotov Pact, signed on 23 August 1939« gewesen.<sup>13</sup>

### Das Europäische Parlament als geschichtspolitischer Hauptakteur

Die Aufnahme von acht Staaten Ostmitteleuropas in die Europäische Union am 1. Mai 2004 – Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn und Slowenien – eröffnete die Möglichkeit, ihre nationalen Geschichtspolitiken jetzt auch in das Europäische Parlament einzubringen. Zunächst allerdings setzten die Parlamentarier der »alten« EU »der 15« noch ein geschichtspolitisches Zeichen. Am 27. Januar 2005 proklamierten sie in einem programmatisches Dokument mit dem Titel »Holocaust, Antisemitismus und Rassismus. Entschließung des Europäischen Parlaments zum Gedenken an den Holocaust sowie zu Antisemitismus und Rassismus« im Sinne der Stockholmer Deklaration des Internationalen Holocaust-Forums von 2000 den 27. Januar – den Tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau durch die Rote Armee –, »in der gesamten Europäischen Union zum Europäischen Holocaustgedenktag«.<sup>14</sup> Das Europaparlament knüpf-

12 Council of Europe, Parliamentary Assembly: Resolution 1096 (1996) on measures to dismantle the heritage of former communist totalitarian regimes. Strasbourg, 27 June 1996, <http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/AdoptedText&ta96/ERES1096.htm>, letzter Zugriff: 01.06.2011.

13 Council of Europe, Parliamentary Assembly: Motion for a Resolution on the Ribbentrop-Molotov Pact, presented by Mr Paunescu, Romania, UEL, and others. Strasbourg, 12 July 1995 (Doc. 7358), <http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/WorkingDocs/Doc95/EDOC7358.htm>, letzter Zugriff: 01.06.2011.

14 Entschließung des Europäischen Parlaments zum Gedenken an den Holocaust sowie zu Antisemitismus und Rassismus, Brüssel, 27. Januar 2005, [www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2005-0018+0+DOC+XML+V0//DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2005-0018+0+DOC+XML+V0//DE), letzter Zugriff: 01.06.2011. Zum Hintergrund vgl. Harald Schmid, Europäisierung des Auschwitz-Gedenkens? Zum Aufstieg

te damit an die Einführung des Tags des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar in der Bundesrepublik Deutschland 1996 und des Holocaust Memorial Day in Großbritannien 2001 an und trug so zur Proklamierung eines »International Day of Commemoration in Memory of the Victims of the Holocaust (International Holocaust Remembrance Day)« durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 1. November 2005 bei.<sup>15</sup>

Die Stunde der ostmitteleuropäischen EU-Parlamentarier schlug wenige Wochen später in einer Parlamentsdebatte über »Die Zukunft Europas 60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg«. Jetzt prallten die divergierenden Deutungen der Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts, wie sie im »alten (West-)Europa« und im »neuen (Ostmittel-)Europa« dominierten, unvermittelt aufeinander. Der amtierende Ratspräsident, der Luxemburger Jean-Claude Juncker, versuchte in seinem Eröffnungsstatement die geschichtspolitische Balance dahingehend zu wahren, dass er einerseits den Beitrag der »Soldaten der Roten Armee« an der »Befreiung Europas« hervorhob:

»Welch ungeheure Verluste! Wie viele Leben wurden abrupt abgebrochen in Russland, das für die Befreiung Europas 27 Millionen Tote gab! Niemand muss – wie ich es tue – große Liebe für das eigentliche Russland, das ewige Russland empfinden, um anzuerkennen, dass Russland große Verdienste für Europa erworben hat.«<sup>16</sup>

Andererseits sprach er die anders geartete historische Erfahrung Ostmitteleuropas an:

»Doch die Anfang Mai 1945 wieder erlangte Freiheit wurde nicht überall in Europa in gleichem Maße spürbar. Wir in unserem west-

des 27. Januar 1945 als »Holocaustgedenktag« in Europa, in: Jan Eckel / Claudia Moisel (Hg.), *Universalisierung des Holocaust? Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in internationaler Perspektive*, Göttingen 2008, S. 174-202; Jens Kroh, *Transnationale Erinnerung. Der Holocaust im Fokus geschichtspolitischer Initiativen*, Frankfurt a. M. / New York (NY) 2008; Daniel Levy / Natan Sznaider, *Erinnerung im globalen Zeitalter: Der Holocaust*, Frankfurt a. M. 2001, S. 210-216.

15 Resolution adopted by the General Assembly on the Holocaust Remembrance (A/RES/60/7, 1 November 2005), [www.un.org/en/holocaustremembrance/docs/res607.shtml](http://www.un.org/en/holocaustremembrance/docs/res607.shtml), letzter Zugriff: 01.06.2011.

16 Europäisches Parlament, Plenardebatten. Straßburg, 11. Mai 2005, [www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20050511+ITEM-016+DOC+XML+V0//DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20050511+ITEM-016+DOC+XML+V0//DE), letzter Zugriff: 01.06.2011.

lichen Teil Europas, die wir fest in unseren alten Demokratien etabliert waren, konnten nach dem Zweiten Weltkrieg in Freiheit leben, in einer wieder erlangten Freiheit, deren Preis wir kannten. Doch diejenigen, die in Mitteleuropa und in Osteuropa lebten, kamen nicht in den Genuss der Freiheit, die wir fünfzig Jahre lang erlebten. Sie waren einem fremden Gesetz unterworfen. Die baltischen Länder, deren Ankunft in Europa ich begrüßen möchte und denen ich sagen möchte, wie stolz wir darauf sind, dass sie nun zu uns gehören, wurden gewaltsam in ein fremdes Staatsgebilde eingegliedert. Sie erlebten nicht die *pax libertatis*, sondern die *pax sovietika*, die ihnen fremd war. Diese Völker, diese Nationen, die von einem Unglück in das andere stürzten, haben mehr gelitten als alle anderen Europäer. Den anderen mittel- und osteuropäischen Ländern war nicht das außergewöhnliche Maß an Selbstbestimmung vergönnt, in dessen Genuss wir in unserer Region Europas kamen. Sie waren nicht frei. Sie mussten sich einem System unterordnen, das ihnen aufgezwungen wurde.«<sup>17</sup>

In der anschließenden Debatte, welche der konservative polnische Abgeordnete Wojciech Roszkowski als »vielleicht die wichtigste Debatte über die europäische Identität, die wir seit Jahren geführt haben«, bezeichnete, wandte sich der französische Kommunist Francis Wurtz vehement gegen eine »Entschuldigung von Naziverbrechen durch einen Verweis auf die stalinistischen Verbrechen«, da »der Nazismus keine Diktatur oder Tyrannei unter anderen war, sondern vielmehr ein vollständiger Bruch mit der gesamten Zivilisation«. Dem hielt der Ungar und Fidesz-Mitglied József Szájer entgegen: »Wer einen unschuldigen Gefangenen aus dem einen Gefängnis befreit und ihn in ein anderes sperrt, ist ein Gefängniswärter und kein Befreier.« Nahezu sämtliche Abgeordnete aus Ostmitteleuropa betonten, dass der 8. Mai 1945 ohne Kenntnis dessen, was am 23. August 1939 geschah, nicht zu verstehen sei. Roszkowski wandte sich explizit gegen die damalige russländische Geschichtspolitik mit ihrer Relativierung des Hitler-Stalin-Pakts und der Verbrechen des Diktators selbst.<sup>18</sup> Die am 12. Mai 2005 dann angenommene »Entschließung des Europäischen Parlaments zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa am 8. Mai 1945« invozierte entsprechend die »Erinnerung daran, dass das Ende des Zweiten Weltkriegs für einige Nationen eine erneute Diktatur, diesmal durch die stalinistische Sowjetunion, bedeutete«.<sup>19</sup>

17 Ebenda.

18 Ebenda.

19 Entschließung des Europäischen Parlaments zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa am 8. Mai 1945. Straßburg, 12. Mai 2005, [www.eu-](http://www.eu-)



Tags zuvor hatte der russländische Präsident Putin in Moskau den offiziellen Standpunkt seines Landes in einer Pressekonferenz einmal mehr unterstrichen: Der Hitler-Stalin-Pakt sei »eine persönliche Angelegenheit zwischen Stalin und Hitler«, keine des »sowjetischen Volkes« gewesen. Zwar charakterisierte er den Inhalt des Pakts als »juristisch haltlos«, bezeichnete aber die dadurch erfolgten territorialen Veränderungen als bloße »Rückgabe von Gebieten«, die im Vertrag von Brest-Litovsk 1918 an Deutschland gefallen seien. Und unter Bezug auf die Verurteilung des Paktes samt Geheimem Zusatzprotokoll durch den Zweiten Kongress der Volksdeputierten der erodierenden UdSSR am 24. Dezember 1989 fügte er verärgert an:

»Was will man denn noch? Sollen wir das jedes Jahr wieder verurteilen? Wir halten dieses Thema für abgeschlossen und werden nicht mehr darauf zurückkommen. Wir haben uns einmal dazu geäußert und das genügt.«<sup>20</sup>

Rußländische Äußerungen wie diese vertieften den geschichtspolitischen Graben, der das jetzt deutlich erweiterte Europaparlament durchzog. Nicht wenige Abgeordnete aus Ostmitteleuropa hielten etliche ihrer Kollegen aus Westeuropa für naive Opfer (post-)sowjetischer Propaganda, wohingegen einige westeuropäische Linke in einzelnen ostmitteleuropäischen Rechten notorische Russenhasser, wenn nicht gar Antisemiten erblickten. Offenkundig wurde dies bezeichnenderweise in einer Plenardebatte vom 4. Juli 2006 zum 70. Jahrestag des Staatsstreichs durch General Francisco Franco in Spanien 1936, in welcher der rechtsnationale polnische Abgeordnete Maciej Marian Giertych den Caudillo als Retter Mittel- und Westeuropas vor der »kommunistischen Pest« bezeichnete:

»Die Existenz von Persönlichkeiten wie Franco [...] in der europäischen Politik hat für den Erhalt traditioneller europäischer Werte gesorgt. Solche Staatsmänner gibt es heute nicht mehr. Bedauerlicherweise sind wir Zeugen eines historischen Revisionismus, der alle Dinge, die traditionell und katholisch sind, in einem ungünstigen Licht darstellt, und alles, was weltlich und sozialistisch ist, in einem günstigen Licht.

roparl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P6-TA-2005-0180&language=DE, letzter Zugriff: 01.06.2011.

- 20 V. Putin o pakte Molotova-Ribbentropa: »Chorošo èto bylo ili plocho – èto istorija«, in: Regnum. Informacionnoe agentstvo (10.05.2005), <http://www.regnum.ru/news/451397.html>, letzter Zugriff: 29.06.2011. Siehe dazu auch Jutta Scherrers Beitrag im vorliegenden Band.

Wir sollten nicht vergessen, dass der Nazismus in Deutschland und der Faschismus in Italien auch sozialistische und atheistische Wurzeln haben.«<sup>21</sup>

Es war nicht zufällig ein deutscher Abgeordneter, der seinen polnischen Kollegen heftig attackierte: »Das, was wir gerade gehört haben, ist der Geist von Herrn Franco. Es war eine faschistische Rede, die im Europaparlament nichts zu suchen hat.«<sup>22</sup>

Während das EU-Parlament also ein breites Meinungsspektrum aufwies sowie mehrheitlich eine balancierende Linie bezüglich des sowjetischen Anteils an der Geschichte Europas nach 1945 verfolgte, setzten die Europaratsparlamentarier 2006 ihren zehn Jahre zuvor eingeschlagenen Kurs einer »Überwindung des Erbes kommunistischer totalitärer Regime« fort. Nach der Diskussion eines Berichts des schwedischen Mitglieds des Europarats-Komitees für politische Angelegenheiten, Göran Lindblad, welcher unverkennbar durch das 1997 erschienene und von einer französisch-polnisch-tschechischen Autorengruppe verfasste »Schwarzbuch des Kommunismus« inspiriert war,<sup>23</sup> wurde »Resolution

21 Europäisches Parlament, Plenardebatten. Dienstag, 4. Juli 2006 – Straßburg: Jahrestag des Staatsstreichs durch Franco in Spanien, [www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20060704+ITEM-004+DOC+XML+V0//DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20060704+ITEM-004+DOC+XML+V0//DE), letzter Zugriff: 01.06.2011.

22 Ebenda. (Redebeitrag des Sozialdemokraten Martin Schulz.) Die Debatte stand im Zusammenhang mit der »Recommendation 1736 (2006) Need for international condemnation of the Franco regime«, welche die Parlamentarische Versammlung des Europarats am 17. März 2006 verabschiedet hatte. Darin wurden der Regierung Spaniens detaillierte Empfehlungen zum geschichtspolitischen Umgang mit der Hinterlassenschaft der Franco-Diktatur der Jahre 1939 bis 1975 gegeben. Vgl. Council of Europe, Parliamentary Assembly: Recommendation 1736 (2006) Need for international condemnation of the Franco regime. Strasbourg, 17 March 2006, <http://assembly.coe.int/main.asp?Link=/documents/adopted-text/ta06/erec1736.htm>, letzter Zugriff: 01.06.2011; Katrin Hammerstein / Birgit Hofmann, Europäische »Interventionen«, S. 194-196. Zu den strukturellen Parallelen spät- und postdiktatorischer Bewältigungsstrategien zwischen Südeuropa und Ostmitteleuropa siehe Stefan Troebst, Diktaturerinnerung und Geschichtskultur im östlichen und südlichen Europa. Ein Vergleich der Vergleiche, Leipzig 2010, [www.uni-leipzig.de/gesi/documents/working\\_papers/GESI\\_WP\\_3\\_Troebst.pdf](http://www.uni-leipzig.de/gesi/documents/working_papers/GESI_WP_3_Troebst.pdf), letzter Zugriff: 30.06.2011.

23 Vgl. dazu Birgit Hofmann, Europäisierung der Totalitarismustheorie? Geschichtspolitische Kontroversen um das »Schwarzbuch des Kommunismus« und die Europaratsresolution zur »Verurteilung der Verbrechen totalitärer kommunistischer Regime« in Deutschland und Frankreich, in: Dies. u. a. (Hg.), Diktaturüberwindung in Europa. Neue nationale und transnationale Perspekti-

1481 (2006) Need for international condemnation of crimes of totalitarian communist regimes« verabschiedet. Darin hieß es:

»2. Die totalitären kommunistischen Regime, die im letzten Jahrhundert in Mittel- und Osteuropa herrschten und in mehreren Staaten der Welt noch immer an der Macht sind, waren ausnahmslos durch schwere Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet. Die Verletzungen unterschieden sich je nach Kultur, Land und geschichtlicher Epoche und umfassten Morde an und Hinrichtungen von einzelnen Personen und großen Menschengruppen, Tod in Konzentrationslagern, Verhungern, Deportationen, Folter, Sklavenarbeit und andere Formen physischen Massenterrors, Verfolgung auf der Grundlage von Volkszugehörigkeit oder Religion, Verletzung der Gewissens-, Gedanken- und Meinungsfreiheit, der Pressefreiheit sowie auch fehlenden politischen Pluralismus.

3. Die Verbrechen wurden mit der Theorie des Klassenkampfes und dem Prinzip der Diktatur des Proletariats gerechtfertigt. Die Auslegung beider Prinzipien legitimierte die »Eliminierung« von Menschen, die für den Aufbau einer neuen Gesellschaft als schädlich und insofern als Feinde der totalitären kommunistischen Regime betrachtet wurden. Eine große Zahl von Opfern in jedem betroffenen Land waren die eigenen Staatsbürger. Das galt insbesondere für Völker der ehemaligen UdSSR, die andere Völker in Bezug auf die Zahl der Opfer weit übertrafen. [...]

7. Die Versammlung ist überzeugt, dass Geschichtsbewusstsein eine der Voraussetzungen für die künftige Vermeidung vergleichbarer Verbrechen darstellt. Außerdem spielen die moralische Bewertung und Verurteilung begangener Verbrechen bei der Aufklärung junger Menschen eine wichtige Rolle. Eine klare Position der internationalen Gemeinschaft zur Vergangenheit kann ihnen bei ihrem künftigen Handeln als Leitbild dienen. [...]

10. Die Diskussionen und Verurteilungen, die bisher in einigen Mitgliedsstaaten des Europarats auf nationaler Ebene stattgefunden haben, entheben die internationale Gemeinschaft nicht der Verpflichtung, zu den Verbrechen der totalitären kommunistischen Regime klar Stellung zu beziehen. Sie ist moralisch dazu verpflichtet, unverzüglich so zu handeln.

11. Der Europarat ist für eine solche Diskussion auf internationaler Ebene das geeignete Forum. Alle früheren kommunistischen Staaten

Europas mit Ausnahme Weißrusslands gehören ihm mittlerweile an, und der Schutz der Menschenrechte sowie die Rechtsstaatlichkeit sind Grundwerte, für die er eintritt.

12. Deshalb verurteilt die Parlamentarische Versammlung nachdrücklich die schweren Menschenrechtsverletzungen durch die totalitären kommunistischen Regime und bekundet den Opfern dieser Verbrechen Mitgefühl, Verständnis und Anerkennung.

13. Außerdem fordert sie alle kommunistischen oder postkommunistischen Parteien in ihren Mitgliedstaaten auf, die dies bisher noch nicht getan haben, die Geschichte des Kommunismus und ihre eigene Vergangenheit einer Neubewertung zu unterziehen, sich klar von den Verbrechen zu distanzieren, die von totalitären kommunistischen Regimen begangen wurden, und sie eindeutig zu verurteilen.

14. Die Versammlung ist der Auffassung, dass diese klare Stellungnahme der internationalen Gemeinschaft den Weg zu einer weiteren Versöhnung ebnen wird. Darüber hinaus wird sie hoffentlich Historiker überall auf der Welt dazu bewegen, ihre Studien fortzusetzen, um zu ermitteln und objektiv zu überprüfen, was sich zugetragen hat.<sup>24</sup>

Bemerkenswert daran ist, dass diese Erklärung von einem Gremium verabschiedet wurde, in dem Mitglieder der kommunistischen Parteien Frankreichs, der Russländischen Föderation, Griechenlands und anderer Staaten sowie zahlreiche Vertreter postkommunistischer Parteien aus Bulgarien, Deutschland, Polen u.a. saßen – ohne dass es zu solch hochideologisierten Debatten wie im Vorjahr im Europäischen Parlament gekommen wäre.

Je stärker das Jubiläumsjahr 2009 seine Schatten voraus warf, desto intensiver wurden die geschichtspolitischen Aktivitäten paneuropäischer Akteure, wobei erneut solche aus Ostmitteleuropa die treibende Kraft waren.<sup>25</sup> So verabschiedeten am 3. Juni 2008 die Teilnehmer einer von der

24 Council of Europe, Parliamentary Assembly: Resolution 1481 (2006) Need for international condemnation of crimes of totalitarian communist regimes. Strasbourg, 25 January 2006, <http://assembly.coe.int/Mainf.asp?link=/Documents/AdoptedText/tao6/Eres1481.htm>, letzter Zugriff: 01.06.2011. Zur deutschen Übersetzung vgl. EntschlieÙung 1481 (2006) betr. die Notwendigkeit der internationalen Verurteilung von Verbrechen totalitärer kommunistischer Regime, [www.coe.int/t/d/Com/Dossiers/PV-Sitzungen/2006-01/Entschl1481\\_kommunist.asp](http://www.coe.int/t/d/Com/Dossiers/PV-Sitzungen/2006-01/Entschl1481_kommunist.asp), letzter Zugriff: 01.06.2011.

25 So hielt die slowenische EU-Ratspräsidentschaft am 8. April 2008 in Brüssel eine Anhörung mit primär ostmitteleuropäischen Experten über Verbrechen totalitärer Regime ab, in deren Zentrum kommunistische Staatsverbrechen standen. Vgl. dazu den umfangreichen Berichtsband von Peter Jambrek (Hg.), *Crimes Committed by Totalitarian Regimes*. Ljubljana 2008, 316 S. [www.mp.gov.si/](http://www.mp.gov.si/)

Regierung der Tschechischen Republik organisierten Konferenz, darunter Václav Havel, Vytautas Landsbergis, Joachim Gauck, der bereits genannte Göran Lindblad und andere, vor allem tschechische Politiker und Intellektuelle, eine »Prague Declaration on European Conscience and Communism«, in der es hieß:

»1. reaching an all-European understanding that both the Nazi and Communist totalitarian regimes each to be judged by their own terrible merits to be destructive in their policies of systematically applying extreme forms of terror, suppressing all civic and human liberties, starting aggressive wars and, as an inseparable part of their ideologies, exterminating and deporting whole nations and groups of population; and that as such they should be considered to be the main disasters, which blighted the 20<sup>th</sup> century,

2. recognition that many crimes committed in the name of Communism should be assessed as crimes against humanity serving as a warning for future generations, in the same way Nazi crimes were assessed by the Nuremberg Tribunal,

3. formulation of a common approach regarding crimes of totalitarian regimes, inter alia Communist regimes, and raising a Europe-wide awareness of the Communist crimes in order to clearly define a common attitude towards the crimes of the Communist regimes, [...]

7. recognition of Communism as an integral and horrific part of Europe's common history, [...]

9. establishment of 23<sup>rd</sup> August, the day of signing of the Hitler-Stalin Pact, known as the Molotov-Ribbentrop Pact, as a day of remembrance of the victims of both Nazi and Communist totalitarian regimes, in the same way Europe remembers the victims of the Holocaust on January 27<sup>th</sup>, [...]

15. establishment of an Institute of European Memory and Conscience which would be both - A) a European research institute for totalitarianism studies, developing scientific and educational projects and providing support to networking of national research institutes specialising in the subject of totalitarian experience, B) and a pan-European museum/memorial of victims of all totalitarian regimes, with an aim to memorialise victims of these regimes and raise awareness of the crimes committed by them [...].«<sup>26</sup>

fileadmin/mp.gov.si/pageuploads/2005/PDF/publikacije/Crimes\_committed\_by\_Totalitarian\_Regimes.pdf, letzter Zugriff: 01.06.2011.

26 Prague Declaration on European Conscience and Communism. Prag, 3. Juli 2008, www.praguedeclaration.org, letzter Zugriff: 01.06.2011.

Damit war die Botschaft, den Tag des Hitler-Stalin-Pakts zu einem internationalen »antitotalitären« Gedenktag zu machen, in Richtung Brüssel abgeschickt worden. Zu Recht haben Katrin Hammerstein und Birgit Hofmann 2009 vermutet: »Die Forderung nach ›Nie wieder Auschwitz‹ scheint auf der europäischen Ebene allmählich durch die Formel ›Nie wieder Totalitarismus‹ ersetzt zu werden.«<sup>27</sup> Denn der dergestalt in einem über 20jährigen Prozess ins Bewusstsein der europäischen Öffentlichkeiten gerückte Symbolgehalt des 23. August schlug sich am 23. September 2008 schließlich in einer »Erklärung des Europäischen Parlaments zur Ausrufung des 23. August zum Europäischen Gedenktag an die Opfer von Stalinismus und Nazismus« nieder – und nun war der »ostmitteleuropäische« Dreisatz »Nationalsozialismus = Stalinismus = Totalitarismus = 23. August« zu einem (EU-)europäischen geworden:

Das Europäische Parlament, [...]

– unter Hinweis auf die Resolution 1481 (2006) der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zur Notwendigkeit der internationalen Verurteilung von Verbrechen totalitärer kommunistischer Regime, [...]

A. in der Erwägung, dass durch den am 23. August 1939 zwischen der Sowjetunion und Deutschland abgeschlossenen Molotow-Ribbentrop-Pakt mit seinem geheimen Zusatzprotokoll Europa in zwei Interessensphären geteilt wurde;

B. in der Erwägung, dass die im Rahmen der stalinistischen und nazistischen Aggressionen vorgenommenen Massenverschleppungen, Morde und Versklavungen zu den Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehören; [...]

D. in der Erwägung, dass in Europa die Auswirkungen und die Bedeutung der Sowjetzeit sowie der Okkupation auf und für die Bürger der postkommunistischen Länder wenig bekannt sind; [...]

27 Katrin Hammerstein / Birgit Hofmann, Europäische »Interventionen«, S. 196. Siehe auch Florian Wenninger / Jürgen Pfeffer, Total normal. Zur diskursiven Durchsetzung des Totalitarismus-Begriffs in Debatten des Europäischen Parlamentes, Conference Papers, Momentum-Kongress 2010, Hallstatt, 21.-24.10.2010 (im Erscheinen). Allerdings hatte es bereits im wirkungsmächtigen Kopenhagen-Dokument der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von 1990, verabschiedet auf dem Höhepunkt der Nach-»Wende«-Euphorie in Europa, geheißen: »Die Teilnehmerstaaten verurteilen klar und unmissverständlich Totalitarismus«; vgl. Dokument des Kopenhagener Treffens der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE. Kopenhagen, 29. Juni 1990, Punkt 40, [www.osce.org/de/odihr/elections/14304](http://www.osce.org/de/odihr/elections/14304), letzter Zugriff: 01.06.2011.

1. schlägt vor, den 23. August zum Europäischen Gedenktag an die Opfer der stalinistischen und nazistischen Verbrechen zu erklären, um das Gedenken an die Opfer von Massendeportation und -vernichtung aufrecht zu erhalten und somit Demokratie zu stärken sowie Frieden und Stabilität auf unserem Kontinent zu fördern;
2. beauftragt seinen Präsidenten, diese Erklärung mit den Namen der Unterzeichner den Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.«<sup>28</sup>

Ob die EU-Parlamentarier dabei lediglich übersahen, dass auf der Liste internationaler Gedenktage der 23. August bereits 1998 von der UNESCO mit Bezug auf einen Sklavenaufstand in Santo Domingo 1791 als »Internationaler Tag der Erinnerung an Sklavenhandel und dessen Abschaffung« proklamiert worden und damit »besetzt« war,<sup>29</sup> oder ob diese Koinzidenz bewusst in Kauf genommen wurde, kann nicht rekonstruiert werden. Jedenfalls sind Duplizierungen von Gedenktagen unterschiedlicher internationaler Organisationen nicht ungewöhnlich.

Einen Monat später unternahm das EU-Parlament einen weiteren geschichtspolitischen Schritt, der insofern ungewöhnlich war, als er sich im Unterschied zur Debatte von 2006 über die Franco-Diktatur nicht auf ein Mitgliedsland, sondern auf einen Nicht-EU-Staat, nämlich die Ukraine, bezog. Die »Entschließung des Europäischen Parlaments vom 23. Oktober 2008 zu dem Gedenken an den Holodomor, die wissentlich herbeigeführte Hungersnot von 1932 / 1933 in der Ukraine« diente zum einen der Unterstützung des Reformkurses des ukrainischen Staatspräsidenten und »Helden« der »orangenen« Demokratiebewegung Viktor Jušenko, wies aber zum anderen eine Stoßrichtung auf, die in Russland als feindselig gedeutet wurde. Denn darin war die Rede davon, »dass die Holodomor-Hungersnot von 1932 / 1933, die Millionen von Ukrainern das Leben kostete, auf zynische und grausame Weise vom stalinistischen Regime geplant wurde, um die sowjetische Politik der Kollektivierung der Landwirtschaft gegen den Willen der ländlichen Bevölkerung in der Ukraine durchzusetzen«, sowie dass »die Nachfolgestaaten der Sowjetunion« aufgefordert seien, »zum Zwecke einer eingehenden Untersuchung uneingeschränkten

28 Erklärung des Europäischen Parlaments zur Ausrufung des 23. August zum Europäischen Gedenktag an die Opfer von Stalinismus und Nazismus. Brüssel, 23. September 2008, [www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P6-TA-2008-0439&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P6-TA-2008-0439&language=DE), letzter Zugriff: 01.06.2011.

29 United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization: 23 August: International Day for the Remembrance of the Slave Trade and of its Abolition, [http://portal.unesco.org/en/ev.php-URL\\_ID=43270&URL\\_DO=DO\\_TOPIC&URL\\_SECTION=201.html](http://portal.unesco.org/en/ev.php-URL_ID=43270&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html), letzter Zugriff: 01.06.2011.

Zugang zu den Archivbeständen zum Holodomor von 1932 / 1933 in der Ukraine zu gewähren, damit alle Ursachen und Folgen ermittelt und umfassend erforscht werden können«<sup>30</sup>. Auch wenn der Holodomor darin nicht gemäß der vom ukrainischen Präsidenten ausgegebenen Sprachregelung als Völkermord (*henocyd*), sondern »nur« als »als schreckliches Verbrechen am ukrainischen Volk und gegen die Menschlichkeit« bezeichnet wurde, wurde die Erklärung von Geschichtspolitikern in Moskau als Kampfansage und »Einmischung« in die postsowjetischen »inneren Angelegenheiten« gewertet.<sup>31</sup> Ein weiterer Grund für die erhöhte Aufmerksamkeit der EU gegenüber der Vergangenheitsbewältigung *à la russe* war neben der Entwicklung in der Ukraine der russländisch-estländische Konflikt, welchen der massive Moskauer Protest gegen die Verlegung eines sowjetischen Kriegerdenkmals in der Hauptstadt Tallinn des EU-Mitglieds Estland 2007 ausgelöst hatte.<sup>32</sup> Die Art und Weise, wie Russland

- 30 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 23. Oktober 2008 zu dem Gedenken an den Holodomor, die wissentlich herbeigeführte Hungersnot von 1932 / 1933 in der Ukraine. Brüssel, 23. Oktober 2008, [www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P6-TA-2008-0523&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P6-TA-2008-0523&language=DE), letzter Zugriff: 01.06.2011. Vgl. zum historischen Hintergrund Georgij Kasianov, *The Great Famine of 1932-1933 (Holodomor) and the Politics of History in Contemporary Ukraine*, in: Stefan Troebst (Hg.), *Postdiktatorische Geschichtskulturen im Süden und Osten Europas. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven*, Göttingen 2010, S. 619-641; und Wilfried Jilge, *Geschichtspolitik in der Ukraine*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (2007) 8-9, S. 24-30.
- 31 Vgl. auch die Plenardebatte über den Entschließungsantrag im Europäischen Parlament am 22. Oktober 2008, in welcher der brandenburgische Abgeordnete der Partei »Die Linke«, Helmuth Markov, im russländischen Sinne argumentierte: *Europäisches Parlament, Plenardebatten*. Straßburg, 22. Oktober 2008. TOP 14. *Gedenken an den Holodomor, die große Hungersnot in der Ukraine (1932-1933)* (Aussprache), [www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=CRE&reference=20081022&secondRef=ITEM-014&language=DE&ring=P6-RC-2008-0571](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=CRE&reference=20081022&secondRef=ITEM-014&language=DE&ring=P6-RC-2008-0571), letzter Zugriff: 01.06.2011.
- 32 Marko Lehti / Matti Jutila / Markku Jokisipilä, *Never-Ending Second World War: Public Performances of National Dignity and the Drama of the Bronze Soldier*, in: *Journal of Baltic Studies* 39 (2008), S. 393-418; Karsten Brüggemann / Andres Kasekamp, *The Politics of History and the War of Memories in Estonia*, in: *Nationalities Papers* 36 (2008), S. 425-448; Karsten Brüggemann, *Denkmäler des Grolls. Estland und die Kriege des 20. Jahrhunderts*, in: *Osteuropa* 58 (2008) 6, S. 129-146. Zu vergleichbaren Spannungen zwischen Russland auf der einen und Lettland sowie Litauen auf der anderen Seite vgl. die Beiträge von Katja Wenzel, *Alvydas Nikžentaitis und Carmen Scheide in derselben Ausgabe von Osteuropa sowie Daina Bleiere, Overcoming the Communist and Authoritarian Past in Latvia: History and Monuments in the Political Discourse*, in: Stefan Troebst (Hg.), *Postdiktatorische Geschichtskulturen*, S. 330-404.



seinen kleinen Nachbarn zu erinnerungskultureller Konformität zwingen wollte, löste im EU-Bereich Befremden und Kritik, aber auch Verärgerung über die Haltung Tallinns sowie Duckmäusertum vor Moskau aus.

Die beiden Beschlüsse des Europäischen Parlaments vom September und Oktober 2008 zum 23. August und zum Holodomor waren zusammen mit den anderen genannten programmatischen Stellungnahmen zum Holocaust, zum Kriegsende 1945 und zur Franco-Diktatur sowie 2009 überdies zum serbischen Massaker an 8000 bosnischen Muslimen vom 11. Juli 1995 in Srebrenica<sup>33</sup> Teil eines ambitionierten Vorhabens der Europaparlamentarier, welches als To do-Liste zur »EU-einheitlichen« Überwindung diktatorischer Vergangenheiten bezeichnet werden kann. Als innerparlamentarische Koordinierungsinstanz fungiert dabei seit dem Mai 2010 eine fraktionsübergreifende informelle Gruppe von 35 Abgeordneten unter dem Vorsitz der einschlägig profilierten ehemaligen lettischen Außenministerin und EU-Kommissarin Sandra Kalniete. Die Gruppe hat sich »die Versöhnung europäischer Geschichten« (im Plural) zur Aufgabe gesetzt und hat in ihren Reihen sachkundige wie gewichtige Mitglieder wie den (2011 verstorbenen) niederländischen Osteuropahistoriker Bastiaan Belder, die ungarische Minderheitenrechtsexpertin Kinga Gál oder den vormaligen deutschen EU-Parlamentspräsidenten, Hans-Gert Pöttering,<sup>34</sup> Zugleich macht das Parlament mit seinem Vorgehen deutlich, dass es sich für das gesamte Politikfeld der Vergangenheitsbewältigung in Europa zuständig fühlt – und zwar nicht nur bezogen auf die EU-Mitgliedsstaaten, sondern auch auf Staaten wie die explizit genannte Russländische Föderation –, weiterhin dass es entschlossen sei, die entsprechenden Instrumente dafür zu schaffen sowie die EU-Kommission zur Bereitstellung der nötigen Mittel zu bewegen. Dabei kommt der Proklamation des 23. August zum »europaweiten Gedenktag an die Opfer aller totalitären und autoritären Regime, der in Würde und unparteiisch begangen werden soll«, eine herausgehobene Rolle zu. Öffentlich gemacht wurde diese überaus umfangreiche Hausaufgabenliste

33 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. Januar 2009 zu Srebrenica. Straßburg, 15. Januar 2009, [www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P6-TA-2009-0028&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P6-TA-2009-0028&language=DE), letzter Zugriff: 01.06.2011. Zu der völkerrechtlich als Genozid eingestuftem Massenexekution in der UN-Schutzzone vgl. Julija Bogoeva / Caroline Fetscher, Srebrenica. Dokumente aus dem Verfahren gegen General Radislav Krstić vor dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag, Frankfurt a. M. 2002.

34 Siehe dazu die Website der Gruppe: Reconciliation of European Histories. For a better understanding of Europe's shared history, <http://eureconciliation.wordpress.com>, letzter Zugriff: 01.06.2011.

in der ausführlichen »Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009 zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus«:

»Das Europäische Parlament, [...]

– unter Hinweis auf die Resolution 1481 der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 25. Januar 2006 zur Notwendigkeit der internationalen Verurteilung der Verbrechen totalitärer kommunistischer Regime,

– unter Hinweis auf seine Erklärung vom 23. September 2008 zur Ausrufung des 23. August zum Europäischen Gedenktag an die Opfer von Stalinismus und Nazismus,

– unter Hinweis auf seine zahlreichen früheren Entschließungen zur Demokratie und zur Achtung der Grundrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Entschließung vom 12. Mai 2005 zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa am 8. Mai 1945, der Entschließung vom 23. Oktober 2008 zum Gedenken an den Holocaust, die wissentlich herbeigeführte Hungersnot von 1932/1933 in der Ukraine und der Entschließung vom 15. Januar 2009 zu Srebrenica,

– unter Hinweis auf die in verschiedenen Teilen der Welt eingerichteten Kommissionen für Wahrheit und Gerechtigkeit, die denjenigen, die unter zahlreichen früheren autoritären und totalitären Regimen gelebt haben, Hilfestellung dabei geleistet haben, ihre Gegensätze zu überwinden und die Wiederaussöhnung zu erreichen;

– unter Hinweis auf die Erklärungen seines Präsidenten und der Fraktionen vom 4. Juli 2006 70 Jahre nach dem Staatsstreich von General Franco in Spanien, [...]

A. in der Erwägung, dass Historiker darin übereinstimmen, dass völlig objektive Auslegungen historischer Tatsachen nicht möglich sind und es keine objektive Geschichtsschreibung gibt; unter Hinweis darauf, dass Berufshistoriker dennoch wissenschaftliche Instrumente zur Erforschung der Vergangenheit einsetzen und dabei bemüht sind, so unparteiisch wie möglich zu sein,

B. unter Hinweis darauf, dass keine politische Institution und keine Partei ein Monopol für die Auslegung der Geschichte besitzt und für sich Objektivität beanspruchen kann,

C. unter Hinweis darauf, dass offizielle politische Auslegungen historischer Fakten nicht durch Mehrheitsbeschlüsse von Parlamenten aufgezwungen werden sollten; in der Erwägung, dass kein Parlament mit Rechtsvorschriften die Vergangenheit bewerten kann, [...]

E. in der Erwägung, dass falsche Auslegungen der Geschichte den Nährboden für eine Politik der Ausgrenzung schaffen und damit zu Hass und Rassismus anstiften können,

F. in der Erwägung, dass die Erinnerung an die tragische Vergangenheit Europas wach gehalten werden muss, um die Opfer zu ehren, die Täter zu verurteilen und die Fundamente für eine Aussöhnung auf der Grundlage von Wahrheit und Erinnerung zu legen,

G. unter Hinweis darauf, dass während des 20. Jahrhunderts in Europa Millionen von Opfern von totalitären und autoritären Regimen deportiert, inhaftiert, gefoltert und ermordet wurden; in der Erwägung, dass der einzigartige Charakter des Holocaust nichtsdestoweniger anerkannt werden muss,

H. in der Erwägung, dass die dominierende historische Erfahrung Westeuropas der Nazismus war und die Länder Mittel- und Osteuropas sowohl den Kommunismus als auch den Nazismus erfahren haben; in der Erwägung, dass das Verständnis für das zweifache diktatorische Erbe dieser Länder gefördert werden muss,

I. in der Erwägung, dass die europäische Integration von Beginn an eine Antwort auf das Leiden war, das von zwei Weltkriegen und der Tyrannei des Nationalsozialismus verursacht wurde, die zum Holocaust sowie zur Ausbreitung totalitärer und undemokratischer kommunistischer Regime in Mittel- und Osteuropa führten, und ein Weg zur Überwindung tiefer Spaltungen und Feindseligkeiten in Europa im Wege der Zusammenarbeit und Integration sowie zur Beendigung des Krieges und zur Sicherung der Demokratie in Europa,

J. in der Erwägung, dass der Prozess der europäischen Integration erfolgreich gewesen ist und jetzt zu einer Europäischen Union geführt hat, die die Länder Mittel- und Osteuropas einschließt, welche vom Ende des zweiten Weltkrieges bis zu Beginn der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts unter kommunistischen Regimen gelebt haben; ferner unter Hinweis darauf, dass die früheren Beitritte Griechenlands, Spaniens und Portugals, die während langer Jahre unter faschistischen Regimen zu leiden hatten, Hilfestellung bei der Konsolidierung der Demokratie im Süden Europas geleistet haben,

K. unter Hinweis darauf, dass Europa erst dann vereint sein wird, wenn es imstande ist, zu einer gemeinsamen Sicht seiner Geschichte zu gelangen, Nazismus, Stalinismus und faschistische sowie kommunistische Regime als gemeinsames Erbe anerkennt und eine ehrliche und tiefgreifende Debatte über deren Verbrechen im vergangenen Jahrhundert führt,

L. unter Hinweis darauf, dass das wiedervereinigte Europa im Jahre 2009 den 20. Jahrestag des Zusammenbruchs der kommunistischen Diktaturen in Mittel- und Osteuropa und des Falls der Berliner Mauer begehen wird, was sowohl Anlass für ein ausgeprägteres Bewusstsein der Vergangenheit und eine Anerkennung der Rolle demokratischer

Bürgerinitiativen als auch ein Anreiz für eine Stärkung des Gefühls der Zusammengehörigkeit und des Zusammenhalts sein sollte,

M. in der Erwägung, dass es ebenfalls wichtig ist, derer zu gedenken, die sich aktiv der totalitären Herrschaft widersetzt haben und die aufgrund ihrer Hingabe, ihres Festhaltens an Idealen, ihres Ehrgefühls und ihres Mutes als Helden des totalitären Zeitalters in das Bewusstsein der Europäer Eingang finden sollten,

N. in der Erwägung, dass es vom Blickwinkel der Opfer aus unwesentlich ist, welches Regime sie aus welchem Grund auch immer ihrer Freiheit beraubte und sie foltern oder ermorden ließ,

1. bekundet seinen Respekt für sämtliche Opfer totalitärer und undemokratischer Regime in Europa und bezeugt seine Hochachtung denjenigen, die gegen Tyrannei und Unterdrückung gekämpft haben;

2. bekräftigt seinen Einsatz für ein friedvolles und wohlhabendes Europa auf der Grundlage der Werte der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte;

3. betont, wie wichtig es ist, das Gedenken an die Vergangenheit wach zu halten, da es keine Aussöhnung ohne Wahrheit und Erinnerung geben kann; bekräftigt seine vereinte Ablehnung aller Formen von Totalitarismus jedweden ideologischen Hintergrunds;

4. erinnert daran, dass die jüngsten Verbrechen gegen die Menschheit und Akte von Völkermord in Europa noch im Juli 1995 stattfanden und dass es der ständigen Wachsamkeit bedarf, um undemokratische, fremdenfeindliche, autoritäre und totalitäre Ideologien und Tendenzen zu bekämpfen;

5. unterstreicht, dass Dokumentationen und Augenzeugenberichte zur bewegten Vergangenheit Europas zwecks Stärkung des europäischen Bewusstseins für die Verbrechen totalitärer und undemokratischer Regime Unterstützung verdienen, da es keine Wideraussöhnung ohne Erinnerung geben kann;

6. bedauert, dass der Zugang zu Dokumenten, die von persönlicher Bedeutung bzw. für die wissenschaftliche Forschung notwendig sind, 20 Jahre nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen in Mittel- und Osteuropa in einigen Mitgliedstaaten noch immer über Gebühr eingeschränkt wird; fordert konkrete Bemühungen in allen Mitgliedstaaten mit Blick auf eine Öffnung der Archive, einschließlich der Archive der ehemaligen internen Sicherheitsdienste, der Geheimpolizei und der Nachrichtendienste, wobei jedoch Schritte unternommen werden müssen, um sicherzustellen, dass dieser Prozess nicht zu politischen Zwecken missbraucht wird;

7. verurteilt entschieden und unzweideutig alle Verbrechen gegen die Menschheit und die massiven Menschenrechtsverletzungen, die von sämtlichen totalitären und autoritären Regimen begangen worden sind; bekundet den Opfern dieser Verbrechen und ihren Familienangehörigen sein Mitgefühl, sein Verständnis und seine Anerkennung ihrer Leiden;

8. erklärt, dass die europäische Integration als Modell für Frieden und Aussöhnung auf einer freien Entscheidung der Völker Europas beruht, sich zu einer gemeinsamen Zukunft zu verpflichten, und dass der Europäischen Union eine besondere Verantwortung für die Förderung und die Sicherung der Demokratie sowie die Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit sowohl innerhalb als auch außerhalb der Europäischen Union zukommt;

9. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, weitere Bemühungen zu unternehmen, um den Unterricht über europäische Geschichte zu intensivieren und die historische Errungenschaft der europäischen Integration sowie den augenfälligen Gegensatz zwischen der tragischen Vergangenheit und der friedlichen und demokratischen Gesellschaftsordnung in der heutigen Europäischen Union herauszustellen;

10. vertritt die Auffassung, dass eine angemessene Bewahrung der historischen Erinnerung, eine umfassende Neubewertung der europäischen Geschichte und eine europaweite Anerkennung aller historischen Aspekte des modernen Europa die europäische Integration stärken werden;

11. fordert in diesem Zusammenhang den Rat und die Kommission auf, die Tätigkeiten nichtstaatlicher Organisationen wie etwa Memorial in der Russischen Föderation, die aktiv darum bemüht sind, Dokumente im Zusammenhang mit den während der stalinistischen Zeit verübten Verbrechen aufzufindig zu machen und zusammenzutragen, zu unterstützen und zu verteidigen;

12. bekräftigt seine anhaltende Unterstützung für ein verstärktes internationales Justizsystem;

13. fordert die Errichtung einer Plattform für das Gedächtnis und das Gewissen Europas, um Unterstützung für die Vernetzung und die Zusammenarbeit unter nationalen Forschungsinstituten zu bieten, deren Fachgebiet die Geschichte des Totalitarismus ist, sowie die Errichtung eines gesamteuropäischen Dokumentationszentrums bzw. einer gesamteuropäischen Gedenkstätte für die Opfer aller totalitären Regime;

14. fordert eine Verstärkung der bestehenden einschlägigen Finanzinstrumente mit Blick auf die Unterstützung der professionellen historischen Forschung zu den vorstehend genannten Themen;
15. fordert die Erklärung des 23. August zum europaweiten Gedenktag an die Opfer aller totalitären und autoritären Regime, der in Würde und unparteiisch begangen werden soll;
16. ist davon überzeugt, dass das letztliche Ziel der Offenlegung und Bewertung der von den totalitären kommunistischen Regimen begangenen Verbrechen in der Wiederaussöhnung besteht, die durch das Eingeständnis von Verantwortung, die Bitte um Vergebung und die Förderung einer moralischen Erneuerung erreicht werden kann;
17. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat, der Kommission, den Parlamenten der Mitgliedstaaten, den Regierungen und Parlamenten der Bewerberländer, den Regierungen und Parlamenten der mit der Europäischen Union assoziierten Länder sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten des Europarates zu übermitteln.«<sup>35</sup>

Mit dieser EntschlieÙung, deren zahlreiche Forderungen 2010 die Kommission sowie 2011 der Rat der EU, wie noch zu zeigen sein wird, weitgehend akzeptierten, hat sich die Europäische Union als zentrale geschichtspolitische Instanz mit gesamteuropäischer Zuständigkeit und Kompetenz ausgerufen – und damit dem seit 2004 kompetenzmäßig ohnehin stark ausgedünnten sowie geschichtspolitisch durch Russland und die Türkei häufig ausgebremsten Europarat ein weiteres Politikfeld *de facto* entzogen. Möglich wurde dies zum einen durch die höhere Legitimation, die bessere Infrastruktur und unvergleichlich größeren finanziellen Ressourcen Brüssels, zum anderen dadurch, dass die ostmitteleuropäischen Geschichtspolitikinitiativen im EU-Rahmen nicht auf den Widerstand Russlands stieÙen.

35 EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009 zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus. Brüssel, 2. April 2009, [www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0213+0+DOC+XML+V0//DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0213+0+DOC+XML+V0//DE), letzter Zugriff: 01.06.2011. Die EntschlieÙung wurde mit 553 Ja-Stimmen, 44 Nein-Stimmen und 33 Enthaltungen angenommen. Vorausgegangen war am 18. März 2009 eine auf Initiative der tschechischen Ratspräsidentschaft im Europäischen Parlament durchgeführte öffentliche Anhörung zum Thema »European Conscience and Crimes of Totalitarian Communism: 20 Years After«. Das Programm der Anhörung findet sich auf der Website der ungarischen Fidesz-Abgeordneten im Europäischen Parlament, [http://fidesz-eu.hu/galeria/File/Invitation\\_18\\_March\\_2009.pdf](http://fidesz-eu.hu/galeria/File/Invitation_18_March_2009.pdf), letzter Zugriff: 01.06.2011.

Allerdings traf die »antitotalitäre« EntschlieÙung vom April 2009 auÙerparlamentarisch auf vehementen »westlichen« Widerspruch, und dies mit dem Argument, die Erhebung des 23. August zu einem EU-Gedenktag werde in unzulässiger Weise die gedenkpolitische Bedeutung des 27. Januar ab. Das parallele Gedenken an die Opfer beider Totalitarismen am 23. August stellte in dieser Sicht eine Relativierung des Holocausts als präzedenzlosem Zivilisationsbruch mittels Entkontextualisierung dar. Yehuda Bauer, Mitinitiator der 1998 gegründeten Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance, and Research, formulierte dies unter direktem Bezug auf die EntschlieÙung folgendermaßen:

»The two regimes were both totalitarian, and yet quite different. The greater threat to all of humanity was Nazi Germany, and it was the Soviet Army that liberated Eastern Europe, was the central force that defeated Nazi Germany, and thus saved Europe and the world from the Nazi nightmare. In fact, unintentionally, the Soviets saved the Baltic nations, the Poles, the Ukrainians, the Czechs, and others, from an intended extension of Nazi genocide to these nationalities. This was not intended to lead to total physical annihilation, as with the Jews, but to a disappearance of these groups ›as such‹. The EU statement, implying a straightforward parallel between Nazi Germany and the Soviet Union, therefore presents an a-historic and distorted picture. [...] World War II was started by Nazi Germany, not the Soviet Union, and the responsibility of the 35 million dead in Europe, 29 million of them non-Jews, is that of Nazi Germany, not Stalin. To commemorate victims equally is a distortion. [...] One certainly should remember the victims of the Soviet regime, and there is every justification for designating special memorials and events to do so. But to put the two regimes on the same level and commemorating the different crimes on the same occasion is totally unacceptable.«<sup>36</sup>

36 Yehuda Bauer, On Comparisons between Nazi Germany and the Soviet regime, undatiert, [www.gedenkdienst.or.at/index.php?id=585](http://www.gedenkdienst.or.at/index.php?id=585), letzter Zugriff: 01.06.2011. Zum Stand geschichtswissenschaftlicher Erkenntnis dazu vgl. Michael Geyer / Sheila Fitzpatrick (Hg.), *Beyond Totalitarianism. Stalinism and Nazism Compared*, Cambridge 2009; Jörg Baberowski / Anselm Döring-Manteuffel, *Ordnung durch Terror. Gewaltexzesse und Vernichtung im nationalsozialistischen und im stalinistischen Imperium*, Bonn 2006; Dan Diner, *Gedächtnis und Erkenntnis. Nationalsozialismus und Stalinismus im Vergleich*, in: *Osteuropa* 50 (2000), S. 698-708; Dietrich Beyrau, *Nationalsozialistisches Regime und Stalin-System. Ein riskanter Vergleich*, in: Ebenda, S. 709-720; Ian Kershaw / Moshe Lewin (Hg.), *Stalinism and Nazism. Dictatorships in Comparison*, Cambridge 1997.

Die österreichische Zeithistorikerin Heidemarie Uhl, der zufolge der Gedenktag 23. August eine »Antithese« zum 27. Januar darstellte, da sich mit ihm ein Geschichtsbild verbinde, »das die Anerkennung des Holocaust als zentralem Bezugspunkt eines europäischen Geschichtsbewusstseins negiert«, fügte Bauers Kritik ein weiteres Argument an:

»In der europäischen Holocaust-Erinnerung ist das Gedenken an die Opfer mit der Frage nach der Involvierung der eigenen Gesellschaft in die NS-Verbrechen verbunden, Erinnern versteht sich als Auftrag, Rassismus, Antisemitismus, die Diskriminierung von Minderheiten aufgrund ethnischer, religiöser, sexueller Kategorien zu bekämpfen. In der Erinnerungskultur der Post-1989-Gesellschaften ist das »eigene Volk« ein unschuldiges Opfer grausamer Unterdrückung von außen, die Involvierung der eigenen Gesellschaft in das kommunistische Herrschaftssystem kann so externalisiert werden. Was man in den postkommunistischen Ländern beobachten kann, ist gewissermaßen ein Déjà-vu der Opfererzählungen, wie wir sie aus den europäischen Nachkriegsmythen kennen und deren Überwindung ja die Voraussetzung für die neue europäische Erinnerungskultur ist. Das Modell der Nachkriegsmythen zur Grundlage eines gesamteuropäischen Gedenktages zu machen, erreicht eher das Gegenteil: die Gräben zwischen einer westeuropäischen und der postkommunistischen Erinnerungskultur werden nun wohl noch tiefer werden.«<sup>37</sup>

Und der Leiter der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Günter Morsch, kritisierte – mit pro-russländischem und anti-polnischem Unterton –, dass »der Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts für einen erinnerungspolitischen Deutungskampf missbraucht wird«:

»Ginge es wirklich nur darum, die Opfer des Kommunismus in die Erinnerung einzubeziehen, hätte man das Datum der Oktoberrevolution 1917 als Gedenktag wählen können. Mit der Heraushebung des Hitler-Stalin-Pakts aber wird der 1. September, also der eigentliche Beginn des Zweiten Weltkriegs, abgewertet und der 27. Januar als Gedenktag für alle NS-Opfer relativiert. Es wird der Eindruck erweckt, als seien Krieg und Völkermord das Ergebnis eines Konflikts gewesen, bei dem sich die totalitären Staaten auf der einen und die demokratischen Staaten auf der anderen Seite gegenüberstanden

37 Heidemarie Uhl, Neuer EU-Gedenktag: Verfälschung der Geschichte? In: science ORF.at vom 21. August 2009, <http://sciencevi.orf.at/sciencevi.orf.at/science/uhl/156602.html>, letzter Zugriff: 01.06.2011.



hätten. Nichts ist falscher als das. Denn der Entschluss der Nazis, Polen zu überfallen, stand seit 1933 fest, wohingegen die Sowjets bis zum Münchener Abkommen 1938 ernsthaft mit den Westmächten und Polen verhandelten. Auch war Polen damals ein autoritärer Staat, der bis Anfang 1939 freundschaftliche Beziehungen zum ›Dritten Reich‹ pflegte und sich im November 1938 militärisch an der Zerschlagung der demokratischen Tschechoslowakei beteiligte. So nimmt der Versuch, eine antitotalitäre Erinnerungskultur zu schaffen, eine bedenkliche Entkontextualisierung und Entdifferenzierung in Kauf, deren Folgen nicht absehbar sind. Wer für die Weiterentwicklung einer gemeinsamen europäischen Zukunft aus der Geschichte lernen will, darf diesen Preis nicht zahlen.«<sup>38</sup>

Im europapolitischen Raum stießen diese Bedenken jedoch kaum auf Resonanz. Nicht offene Kritik, doch unterschwellige Ärger löste die Entschließung des EU-Parlaments allerdings in Moskau aus: Dass die sich als »Gewissen Europas« gerierende EU eine russländische NGO wie MEMORIAL »unterstützen und verteidigen« – gegen wen? – wolle, wurde von der »Vertikale der Macht« ebenso als Provokation aufgefasst, wie die neuerlich erhobene Forderung nach dem 23. August als europaweitem »antitotalitärem« Gedenktag. Doch es kam aus Moskauer Sicht noch schlimmer, denn auch die Parlamentarische Versammlung der OSZE, in der die Russländische Föderation Gründungsmitglied sowie eines der Schwergewichte in dieser gemäß ihrem Selbstverständnis »von Vancouver bis Vladivostok« reichenden internationalen Organisation ist, sprach sich in ihrer Sitzung Ende Juni/Anfang Juli 2009 in Vilnius für den 23. August als europäischen Gedenktag sowie für eine parallele Verurteilung von Nationalsozialismus und Stalinismus aus. In ihrer von Slowenien und Litauen eingebrachten »Entschließung über Europa – geteilt und wieder vereint« heißt es:

»3. Feststellend, dass europäische Länder im zwanzigsten Jahrhundert zwei massive totalitäre Regime – den Nationalsozialismus und den Stalinismus – erlebt haben, die von Völkermord, Verletzung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begleitet waren, [...]

38 Günter Morsch, Schlachtfeld EU. Wie der Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts für einen erinnerungspolitischen Deutungskampf missbraucht wird, in: Jüdische Allgemeine (20.08.2009), [www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/1280/highlight/morsch](http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/1280/highlight/morsch), letzter Zugriff: 01.06.2011.

10. unter Hinweis auf die Initiative des Europäischen Parlaments, den 23. August, den Tag, an dem vor 70 Jahren der Ribbentrop-Molotow-Pakt unterzeichnet wurde, zum europaweiten Gedenktag an die Opfer von Stalinismus und Nazismus zu erklären, um die Erinnerung an die Opfer von Massenverschleppungen und Massenvernichtung wach zu halten,

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE:

11. bekräftigt ihre Ablehnung jeglicher totalitärer Herrschaft aus gleich welchem ideologischem Hintergrund; [...]

13. fordert die Teilnehmerstaaten mit Nachdruck auf:

a. das totalitäre Erbe weiter zu erforschen und der Öffentlichkeit bewusst zu machen,

b. Bildungsinstrumente, -programme und -aktivitäten über die Geschichte des Totalitarismus, der Würde des Menschen, die Menschenrechte und Grundfreiheiten, Pluralismus, Demokratie und Toleranz zu entwickeln und zu verbessern, vor allem für die jüngeren Generationen,

c. die Arbeit von NROs zu fördern und zu unterstützen, die sich Forschung und Aufklärung über die Verbrechen totalitärer Regime zur Aufgabe gemacht haben; [...]

16. wiederholt ihren Appell an alle Teilnehmerstaaten, ihre historischen und politischen Archive zu öffnen;

17. äußert ihre tiefe Sorge über die Verherrlichung totalitärer Regime, auch durch die Abhaltung öffentlicher Kundgebungen zur Verklärung der nationalsozialistischen oder stalinistischen Vergangenheit [...].<sup>39</sup>

Die Resolution wurde mit 213 Ja-Stimmen bei 8 Nein-Stimmen sowie 4 Enthaltungen angenommen. Allerdings nahmen 93 Abgeordnete, darunter wohl alle russländischen, kasachischen, tadschikischen, usbekischen, turkmenischen, kirgisischen und die meisten ukrainischen, aserbaidchanischen und armenischen, nicht an der Abstimmung teil. Die Proteste aus Moskau fielen dennoch insofern nur schwach aus, als sie ausschließlich aus der Staatsduma kamen. Der Grund dafür lag in einem tiefgreifenden Wandel der inneren und auswärtigen Geschichtspolitik der Russländischen Föderation, welcher eben in den Sommer 2009 fiel.

39 Parlamentarische Versammlung der OSZE, Entschließung über Europa – geteilt und wieder vereint. Förderung der Menschenrechte und der bürgerlichen Freiheiten in der OSZE-Region im 21. Jahrhundert, in: Erklärung von Wilna der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und auf der achtzehnten Jahrestagung verabschiedete Entschließungen. Wilna, 29. Juni bis 3. Juli 2009 (AS [09] D I G), S. 54-55, [http://uese.eu/upld/atc/uese\\_67.pdf](http://uese.eu/upld/atc/uese_67.pdf), letzter Zugriff: 01.06.2011.

In Russland hatte seit der Erklärung des Europäischen Parlaments zum 23. August vom 23. September 2008 eine ganze Reihe von Instanzen, die mit Geschichtspolitik befasst waren, realisiert, dass die transatlantische erinnerungskulturelle Anti-Hitler-Koalition, wie sie mit einigen Rissen und Brüchen noch am 9. Mai 2005 bei den Feiern auf dem Roten Platz zum 60. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschlands sichtbar gewesen war, bröckelte. Hatte 2005 in Moskau allein die lettische Staatspräsidentin Vaira Vīķe-Freiberga ultimativ eine Entschuldigung Russlands für den Hitler-Stalin-Pakt (sowie für die als »Befreiung« camouflierte neuerliche Einverleibung der baltischen Staaten durch die UdSSR 1944) gefordert,<sup>40</sup> riefen nun das Parlament eines aus 27 Mitgliedern bestehenden europäischen Staatenkonglomerats sowie indirekt auch die parlamentarische Säule der OSZE den 23. August zu einem paneuropäischen Gedenktag aus. Und dies mit gewissem Erfolg, denn der 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts 2009 wurde nicht nur von den aus Moskauer Sicht »üblichen Verdächtigen« Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Moldova und Georgien öffentlich begangen, sondern auch und gerade in Schweden, Slowenien, der Tschechischen Republik und sogar Bulgarien.

Jerzy Buzek, der aus der *Solidarność*-Bewegung kommende liberale polnische EU-Parlamentspräsident, krönte die »antitotalitäre« Geschichtspolitik der Ostmitteleuropäer, indem er im Oktober 2009 das Brüsseler Parlamentsgebäude als Tagungsort für eine von den drei baltischen Staaten organisierte internationale Konferenz mit dem Titel »Europe 70 years after the Molotov-Ribbentrop Pact« zu Verfügung stellte. In seiner Eröffnungsrede rief Buzek das historische Geschehen gemäß ostmitteleuropäischer Interpretation in deutlichen Worten ins Gedächtnis:

»Als im August 1939 zum großen Entsetzen der Demokratien der Welt der Molotow-Ribbentrop-Pakt unterzeichnet wurde, bezeich-

40 Vgl. zum Wortlaut Katja Wezels Beitrag im vorliegenden Band sowie zum Hintergrund Eva-Clarita Onken, *The Baltic States and Moscow's May 9<sup>th</sup> Commemoration: Analysing Memory Politics in Europe*, in: *Europe-Asia Studies* 59 (2007), S. 3-46. Allerdings hatte der US-amerikanische Präsident George Bush auf einem Zwischenstopp auf dem Weg nach Moskau am 7. Mai 2005 in der lettischen Hauptstadt Riga erklärt: »For much of Eastern and Central Europe, victory brought the iron rule of another empire. V-E Day marked the end of fascism, but it did not end oppression. [...] The captivity of millions in Central and Eastern Europe will be remembered as one of the greatest wrongs of history.« Vgl. *President Discusses Freedom and Democracy in Latvia*, Riga, Latvia, May 7, 2005, [www.whitehouse.gov.edgesuite.net/news/releases/2005/05/print/20050507-8.html](http://www.whitehouse.gov.edgesuite.net/news/releases/2005/05/print/20050507-8.html), letzter Zugriff: 01.06.2011.

nete ihn das Time Magazine als ‚Kommunazi-Pakt‘, vielleicht eine treffendere Bezeichnung für ein Abkommen zwischen zwei totalitären Regimen, die sich anschickten, Mittel- und Osteuropa untereinander aufzuteilen. Polen wurde zwischen Nazi-Deutschland und der Sowjetunion geteilt; Finnland verlor 10 % seines Territoriums und 12 % seiner Bevölkerung; Ost- und Nordrumänien sowie die drei baltischen Staaten wurden direkt von der Sowjetunion annektiert. Von insgesamt ca. 6 Millionen Esten, Litauern und Letten wurden schätzungsweise bis zu 700 000 Personen deportiert. In Polen wurden 1,5 Millionen Menschen deportiert; davon kamen 760 000, darunter viele Kinder, ums Leben. Wenn wir uns diese Zahlen vergegenwärtigen, können wir uns das ganze Ausmaß der tragischen Vergangenheit vorstellen. Jeder zehnte männliche Erwachsene wurde verhaftet; viele von ihnen wurden im Zuge einer politischen Strategie umgebracht, die auf die Vernichtung der einheimischen Eliten abzielte. Im April nahm das Europäische Parlament eine Entschließung ‚zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus‘ an, in der es die Ausrufung des 23. August zum europaweiten Tag des Gedenkens an die Opfer aller totalitären und autoritären Regime forderte und an die europäische Öffentlichkeit den Aufruf richtete, dieser Opfer in Würde und unparteiisch zu gedenken. Wir können diese Opfer niemals vergessen, da sie uns eindringlich daran erinnern, wo wir herkommen, und uns verdeutlichen, wie viel wir mittlerweile erreicht haben.«<sup>41</sup>

Und an die im EU-Parlamentsgebäude versammelten »lieben Freunde« gewandt, schlug er einen Bogen von 1939 über 2004 bis 2009:

»[A]ls die neuen Mitgliedstaaten vor fünf Jahren beitraten, brachten wir unsere eigene Geschichte und unsere eigenen Geschichten mit; eine dieser tragischen Geschichten war der ‚Molotow-Ribbentrop-Pakt‘. [...] Heute sind wir ein wiedervereinigter und zusammengehöriger Kontinent, weil wir unsere Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg und aus dem Pakt, der ihn möglich gemacht hat, gezogen haben.«<sup>42</sup>

Eine transatlantische Dimension gewann der Gedenktag dann wenige Wochen später durch die einstimmig verabschiedete Entschließung des

41 Der Präsident des Europäischen Parlaments, 70. Jahrestag des Molotow-Ribbentrop-Paktes. Brüssel, 14. Oktober 2009, [www.europarl.europa.eu/president/view/de/press/speeches/sp-2009/sp-2009-October/speeches-2009-October-5.html](http://www.europarl.europa.eu/president/view/de/press/speeches/sp-2009/sp-2009-October/speeches-2009-October-5.html), letzter Zugriff: 01.06.2011.

42 Ebenda.

kanadischen Unterhauses vom 30. November 2009, den 23. August eingedenk des »infamen Pakts zwischen den Nazi- und sowjetkommunistischen Regimen« zum »Kanadischen Tag der Erinnerung an die Opfer von Nazi- und sowjetkommunistischer Verbrechen« unter der Bezeichnung »Black Ribbon Day« zu erklären:

»RESOLUTION TO ESTABLISH AN ANNUAL DAY OF REMEMBRANCE FOR THE VICTIMS OF EUROPE'S TOTALITARIAN REGIMES

WHEREAS the Government of Canada has actively advocated for and continues to support the principals enshrined by The United Nations Universal Declaration on Human Rights and The United Nations General Assembly Resolution 260 (III) A of 9 December 1948;

WHEREAS the extreme forms of totalitarian rule practiced by the Nazi and Communist dictatorships led to premeditated and vast crimes committed against millions of human beings and their basic and inalienable rights on a scale unseen before in history;

WHEREAS hundreds of thousands of human beings, fleeing the Nazi and Soviet Communist crimes, sought and found refuge in Canada;

WHEREAS the millions of Canadians of Eastern and Central European descent whose families have been directly affected by Nazi and / or Communist crimes have made unique and significant, cultural, economic, social and other contributions to help build the Canada we know today;

WHEREAS 20 years after the fall of the totalitarian Communist regimes in Europe, knowledge among Canadians about the totalitarian regimes which terrorised their fellow citizens in Central and Eastern Europe for more than 40 years in the form of systematic and ruthless military, economic and political repression of the people by means of arbitrary executions, mass arrests, deportations, the suppression of free expression, private property and civil society and the destruction of cultural and moral identity and which deprived the vast majority of the peoples of Central and Eastern Europe of their basic human rights and dignity, separating them from the democratic world by means of the Iron Curtain and the Berlin Wall, is still alarmingly superficial and inadequate;

WHEREAS Canadians were instrumental during the 1980's in raising global awareness of crimes committed by European totalitarian Nazi and Communist regimes by founding an annual »Black Ribbon Day« on August 23<sup>rd</sup>, to commemorate the legal partnership of these two regimes through the infamous Molotov-Ribbentrop Pact and its secret protocols;

BE IT RESOLVED THAT every victim of any totalitarian regime has the same human dignity and deserves justice, remembrance and recognition by the Parliament and the government of Canada, in efforts to ensure that such crimes and events are never again repeated; BE IT FURTHER RESOLVED THAT the Parliament and the Government of Canada unequivocally condemn the crimes against humanity committed by totalitarian Nazi and Communist regimes and offer the victims of these crimes and their family members sympathy, understanding and recognition for their suffering; BE IT FURTHER RESOLVED THAT the Government of Canada establish an annual Canadian Day of Remembrance for the victims of Nazi and Soviet Communist crimes on August 23<sup>rd</sup>, called ›Black Ribbon Day‹, to coincide with the anniversary of the signing of the infamous pact between the Nazi and Soviet Communist regimes.«<sup>43</sup>

Die jetzt erfolgte Verankerung des 23. August als »antitotalitärem« internationalem Gedenktag, die von der russländischen Geschichtsdiplomatie nicht verhindert werden konnte, hatte in der Russländischen Föderation zwei gänzlich unterschiedliche, ja gegensätzliche Wirkungen: Zum einen war dies eine Abkapselungsreaktion mit aggressiven Signalen nach außen, zum anderen eine auf einer Uminterpretation der eigenen Imperial- und Nationalgeschichte beruhende geschichtspolitische Neuorientierung mit deutlichen Zeichen von Konzessionsbereitschaft nach außen.<sup>44</sup>

43 House of Commons, Resolution to Establish an Annual Day of Remembrance for the Victims of Europe's Totalitarian Regimes. Ottawa, 30 November 2009, [www.blackribbonday.org](http://www.blackribbonday.org), letzter Zugriff: 01.06.2011.

44 Zur Geschichtspolitik der Russländischen Föderation seit 2008/09 vgl. neben den genannten Analysen von Wolfram von Scheliha und dem Beitrag von Jutta Scherrer im vorliegenden Band v.a. Corinna Kuhr-Korolev, Erinnerungspolitik in Russland. Die vaterländische Geschichte und der Kampf um historisches Hoheitsgebiet, in: Neue politische Literatur 54 (2009), S. 369-383 sowie Jörg Morré, Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg im heutigen Russland, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (2011), S. 253-256; Boris Dubin, Soziologische Perspektiven auf das »kollektive Gedächtnis« des heutigen Russland, in: Stefan Troebst/Johanna Wolf (Hg.), Erinnern an den Zweiten Weltkrieg. Mahnmale und Museen in Mittel- und Osteuropa, Leipzig 2011, S. 113-119; Irina Scherbakowa, Zerrissene Erinnerung. Der Umgang mit Stalinismus und Zweitem Weltkrieg im heutigen Russland, Göttingen 2010; Alexander Vatlin, Die unvollendete Vergangenheit: Über den Umgang mit der kommunistischen Geschichte im heutigen Russland, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (2010), S. 279-293; Themenausgabe »Geschichtspolitik und Geschichtsbild«, Russland-Analysen Nr. 196 (12.02.2010), [www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen196.pdf](http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen196.pdf), letzter Zugriff 29.06.2011; Elena Zubkova, The Filippov Syn-

Befördernd wirkte sich bezüglich der letztgenannten Tendenz dabei eine ebenfalls 2009 kulminierende innerrussländische Debatte unter dem Rubrum »Sieg ohne Stalin?« aus. War Stalin der »Architekt des Sieges« vom 9. Mai 1945 oder haben das russische »Volk« bzw. nach früherer Diktion die »Völker der Sowjetunion« oder, wie es neuerdings heißt, die »russländische Nation«<sup>45</sup> diesen Sieg »trotz Stalin« errungen? Dieser Frage kam insofern doppelte Bedeutung zu, als »dem Sieg« im »Großen Vaterländischen Krieg 1941-1945« zugleich die Funktion eines Gründungsmythos der Russländischen Föderation beigemessen wurde – nach dem ideologiebedingten Wegfall des sowjetischen Gründungsmythos der »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution«. Mit anderen Worten: Im russländischen Diskurs über den dort Ribbentrop-Molotow-Pakt genannten sowjetisch-deutschen Vertrag samt Geheimem Zusatzprotokoll ging und geht es nicht allein um die Rolle, die Stalin in der amtlichen Weltkriegserinnerung des Landes beigemessen werden soll, sondern vielmehr um die *raison d'être* dieses größten Zerfallsprodukts der Sowjetunion, um den geschichtspolitischen Identitätskitt, der die so disparate Föderation von Russen und zahlreichen Nicht-Russen zusammenhalten soll.

In seinem Beitrag zum vorliegenden Band zeichnet Wolfram von Scheliha nach, wie Staatspräsident Dmitri A. Medwedew mit der Duldung seines Vorgängers und Ministerpräsidenten Putin 2009 eine neue geschichtspolitische Linie im Innern wie für den externen Gebrauch entworfen und gegen erhebliche Widerstände durchgesetzt hat. Dabei kommt der Leipziger Osteuropahistoriker zu dem überraschenden und zugleich überzeugenden Ergebnis, dass die vor allem in Ostmitteleuropa

drome, in: *Kritika* 10 (2009), S. 861-868; Arseni Roginski, Fragmentierte Erinnerung. Stalin und der Stalinismus im heutigen Rußland, in: *Eurozine*, 02.03.2009, [www.eurozine.com/articles/2009-03-02-roginiski-de.html](http://www.eurozine.com/articles/2009-03-02-roginiski-de.html), letzter Zugriff: 29.06.2011. Zu den geschichtspolitischen Traditionslinien, die von Leonid Breschnew über Boris Jelzin bis Wladimir Putin die Stalinismus- und Weltkriegserinnerung in Russland prägten, siehe Boris Dubin, Erinnern als staatliche Veranstaltung. Geschichte und Herrschaft in Russland, in: *Osteuropa* 58 (2008) 6, S. 57-65; Lev Gudkov, Die Fesseln des Sieges. Russlands Identität aus der Erinnerung an den Krieg, in: *Osteuropa* 55 (2005) 4-6, S. 56-73; Boris Dubin, Goldene Zeiten des Krieges. Erinnerung als Sehnsucht nach der Brežnev-Ära, in: *Ebenda*, S. 219-233.

45 Programmatisches zur Konzeption einer »russländischen Nation« (*rossijskaja nacija*) bzw. des »multinationalen Volkes der Russländischen Föderation« (*mnogonacional'nyj narod Rossijskoj Federacii*), wie es in der Verfassung von 1993 heißt, findet sich in einem Grundsatzartikel eines Medwedew-Beraters in der Neujahrsausgabe der kremlnahen Tageszeitung *Izvestija*: Vjačeslav Nikonov, *Ideja našej nacii*, in: *Izvestija* (30.12.2010-10.01.2011) 246/247 (28261), S. 7, [www.izvestia.ru/comment/article3150213/](http://www.izvestia.ru/comment/article3150213/), letzter Zugriff: 01.06.2011.

und in Deutschland auf harsche Kritik und große Befürchtungen gestoßene Bildung einer »Kommission zum Kampf gegen Versuche der Geschichtsfälschung zum Schaden Russlands beim Präsidenten der Russländischen Föderation« am 15. Mai 2009 das Ergebnis der erfolgreichen Abwehr dogmatischer Sowjetnostalgiker durch liberale, gar »pro-europäische« Kräfte im Kreml war.<sup>46</sup> Und in der Tat hat der Präsident sich in der Folgezeit geschichtspolitisch in einer Art und Weise exponiert, welche dieser Interpretation rechtfertigt. »Gerade heraus gesagt«, so Medwedew in einem Zeitungsinterview am Vortag des »Tags des Sieges« 2010, »das Regime, welches sich in der UdSSR etablierte, kann nicht anders als ein totalitäres bezeichnet werden.« Zugleich wies er die (post-)sowjetische Interpretation des 9. Mai und damit indirekt auch die russländische Auslegung des »Großen Vaterländischen Kriegs 1941-1945« zurück:

»Ziemlich lange Zeit wurde der Krieg ausschließlich als Großer Sieg des sowjetischen Volkes und der Roten Armee aufgefasst. Aber der Krieg steht auch für eine gewaltige Zahl an Opfern und für kolossale Verluste, welche das sowjetische Volk gemeinsam mit anderen europäischen Ländern erlitten hat. [...] Es gibt absolut offenkundige Tatsachen: Den Großen Vaterländischen Krieg hat unser Volk gewonnen, nicht Stalin und nicht einmal die Militärs bei aller Bedeutung dessen, was sie vollbracht haben. [...] Wenn wir über die staatliche Bewertung dessen sprechen, wie Stalin durch die Führung des Landes in den letzten Jahren, vom Moment des Entstehens des neuen Russländischen Staates einzuschätzen ist, dann ist diese Bewertung offenkundig: Stalin hat eine Menge Verbrechen an seinem Volk begangen.«<sup>47</sup>

Allerdings sagte Medwedew in demselben Interview auch, dass »diejenigen, welche die Rolle der Roten Armee und diejenige der faschistischen Okkupanten auf ein und dieselbe Stufe stellen, ein moralisches Verbrechen begehen«, was er mit Kritik an den baltischen Staaten und Lob am wiedervereinigten Deutschland verband.<sup>48</sup>

46 Vgl. dazu Russland kämpft. Gesetz und Kommission gegen Geschichtsfälscher, in: Osteuropa 59 (2009) 7-8, S. 273-275; MEMORIAL, Zur neuen Kommission beim Präsidenten der Russländischen Föderation. Erklärung der Gesellschaft MEMORIAL. Moskau, 22. Mai 2009, in: Ebenda, S. 277-278; und Wolfram von Scheliha, Fünf Jahre Haft für Kritik an Stalin. Die russische Staatsmacht kämpft um die Deutungshoheit über die Geschichte, in: Hoch und Guck (03/2009) 65, S. 68-70.

47 Intervju Dmitrija Medvedeva gazete »Izvestija«. Gorki, 7. Mai 2010, [www.kremlin.ru/transcripts/7659](http://www.kremlin.ru/transcripts/7659), letzter Zugriff: 01.06.2011.

48 Ebenda.



Einer mittleren Sensation gleich kam die Einladung Medwedews an den MEMORIAL-Vorsitzenden Arsenij Roginskij zur Mitwirkung im präsidentiellen Rat zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und zu Menschenrechten. Auf einer Sitzung dieses Gremiums am 1. Februar 2011 in Ekaterinburg diskutierten beide über eine vom MEMORIAL erstellte Denkschrift »Über die Verewigung des Gedenkens an die Opfer des totalitären Regimes und über nationale Versöhnung«, in welcher finanzielle Unterstützung für überlebende GULag-Opfer sowie deren völlige juristische Rehabilitierung, desgleichen die Errichtung von Denkmälern und Gedenkstätten an sichtbarer Stelle im öffentlichen Raum, die Benennung von Straßen und Plätzen nach Opfern des Stalinschen Terrors, das Anlegen einer Opfer-Datenbank, freier Zugang zu den NKVD-Akten sowie eine »politisch-juristische Bewertung der Verbrechen des kommunistischen Regimes« gefordert wurden.<sup>49</sup> Roginskij selbst hat sich allerdings skeptisch bezüglich der Ernsthaftigkeit der geschichtspolitischen Liberalisierung durch Medwedew geäußert. Ihm zufolge treten Präsident und Ministerpräsident vor allem deshalb mittlerweile als »Antistalinsten« sowie als Protagonisten einer explizit gesamtstaatlich-russländischen, nicht ethnokulturell russischen, Nationalidentität auf, weil sie ein übermäßiges Erstarken stalinistischer und russisch-nationalistischer Kräfte im Lande befürchten.<sup>50</sup>

### Zwischenbilanz Juni 2011

Die besagte Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009 zum »Gewissen Europas und zum Totalitarismus« sowie eine Aufforderung des Rats der EU vom November 2008, die Notwendigkeit einer EU-Richtlinie gegen die Verharmlosung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zu prüfen, veranlasste die EU-Kommission zu intensivierten Aktivitäten. Nachdem die Kommission bereits im November 2007 ein Seminar zur Frage »How to deal with the totalitarian memory of Europe: Victims and reconciliation« durchgeführt hatte, gab sie 2009 eine umfangreiche Studie »on how the memory of crimes committed by totalitarian regimes in Europe

49 Stenografičeskij otčet o zasedanii Soveta po razvitiju graždanskogo obščestva i pravam čeloveka. Ekaterinburg, 1. Februar 2011, [www.kremlin.ru/transcripts/10194](http://www.kremlin.ru/transcripts/10194), letzter Zugriff: 01.06.2011.

50 Arsenij Roginskij, Erinnerung und Freiheit. Die Stalinismus-Diskussion in der UdSSR und Russland, in: Osteuropa 61 (2011) 4, S. 55-69, hier S. 66-69.

is dealt with in the Member States« in Auftrag, die Anfang 2010 vorlag.<sup>51</sup> Unter anderem darauf basierend erstellte die EU-Kommission einen Bericht mit dem Titel »The memory of the crimes committed by totalitarian regimes in Europe«, der im Dezember 2010 Parlament und Rat vorgelegt wurde. Darin konnte sie berichten, dass fünf Mitgliedsstaaten den vom Europaparlament geforderten Gedenktag 23. August in nationale Gesetzgebung umgegossen haben – Estland, Lettland, Litauen, Slowenien und Schweden –, und empfahl weiteren Mitgliedsstaaten »to examine the possibility to adhere to this initiative in the light of their own history and specificities«. Zugleich listete die Kommission diejenigen Förderprogramme auf, aus denen Geld für Maßnahmen dieser Art beantragt werden kann, darunter das Förderfeld *Active European Remembrance* des *Europe for Citizens*-Programms, im Rahmen dessen auch die vom Parlament geforderte »Plattform für das Gedächtnis und das Gewissen Europas« finanziert werden könne.<sup>52</sup> Und der Rat der EU verabschiedete im Juni 2011 unter Bezug auf den genannten Kommissionsbericht von 2010 und die Parlamentsentschließung von 2009 »Schlussfolgerungen zum Gedenken an die Verbrechen totalitärer Regime in Europa«:

»The Council of the European Union

Considering that many Member States have experienced a tragic past caused by totalitarian regimes, be it communist, national socialist or of any other nature, which have resulted in violations of fundamental rights and in the complete denial of human dignity; [...]

Noting, that totalitarian regimes in Europe, although different in their origins, political justification and expression, form part of Europe's shared history; [...]

4. Highlights the Europe-wide Day of Remembrance of the victims of the totalitarian regimes (23 August) and invites Member States to consider how to commemorate it, in the light of their own history and specificities; [...]

51 Study on how the memory of crimes committed by totalitarian regimes in Europe is dealt with in the Member States. Submitted by Prof. Dr. Carlos Closa Montero, Institute for Public Goods and Policy, Centre of Human and Social Sciences, CSCIC, Madrid, Spain (Contract No JLS/2007/C4/006). Madrid, January 2010, 480 S. [http://ec.europa.eu/justice/doc\\_centre/rights/studies/docs/Memory\\_of\\_crimes\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/justice/doc_centre/rights/studies/docs/Memory_of_crimes_en.pdf), letzter Zugriff: 01.06.2011.

52 European Commission: Report from the Commission to the European Parliament and to the Council: The memory of the crimes committed by totalitarian regimes in Europe (COM(2010) 783 final). Brussels, 22.12.2010, [http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/reading/pdf/com%282010%29\\_873\\_1\\_en\\_act\\_part1\\_v61.pdf](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/reading/pdf/com%282010%29_873_1_en_act_part1_v61.pdf), letzter Zugriff: 01.06.2011.

7. Invites the Commission to pay attention to the questions of the participation of smaller organizations to EU financial programmes, including schools and higher education institutions, as well as to examine how to foster participation of the beneficiaries from the Eastern partnership countries and Russia in common initiatives and project financed by these programmes. [...]

9. Invites all interested parties to make full use of existing EU programmes to establish a Platform of European Memory and Conscience to provide support for current and future networking and cooperation among national research institutes specializing in the subject of totalitarian history.«<sup>53</sup>

Damit hat das Projekt der Proklamierung des 23. August zum europaweiten Gedenktag binnen dreier Jahre den Weg durch die EU-Instanzen – vom Parlament über die Kommission zum Rat – erfolgreich zurück gelegt. Und damit sowie mit der Entschließung des kanadischen Parlaments von 2009 ist zugleich die letzte Etappe des Aufstiegs des *lieu de mémoire* Hitler-Stalin-Pakt zum euroatlantischen Erinnerungsort samt Gedenktag 23. August abgeschlossen. Die erste war die Perestrojka-Zeit, die in die verhandelten Transitionen des Jahres 1989 mündete. Die zweite war in den 1990er Jahren die Beschäftigung des Europarats mit den Erblasten der »totalitären kommunistischen Regime«. Die dritte begann 2004 mit der Aufnahme ostmitteleuropäischer Staaten in die EU und den darauf hin einsetzenden Debatten im Europäischen Parlament. Und die vierte war die oben genannte von 2008 bis 2011.

All dies beeinflusst die innere wie äußere Geschichtspolitik der Russländischen Föderation in einem zunehmend polarisierenden Sinne: Die Forderung des Europaparlaments nach Ausrufung des 23. August zu einem europaweiten Gedenktag führte im Vorfeld des 70. Jahrestags des Hitler-Stalin-Pakts in Russland zu einem Kampf um die Deutungshoheit zwischen nationalistischen Stalin-Verehrern und sich als liberal gebenden Machtpragmatikern, welchen im öffentlichen Raum bislang der dem letztgenannten Lager zuzurechnende Staatspräsident Medwedew für sich entscheiden konnte. Zwar hat der Hitler-Stalin-Pakt seine Qualität als expliziter Nicht-Erinnerungsort im GUS-Raum (mit Ausnahme Moldovas) mitnichten verloren, doch ist er im Bereich der auswärtigen Geschichtspolitik Russlands kein Tabuthema mehr. Gründe dafür sind

53 Council of the European Union, Council conclusions on the memory of the crimes committed by totalitarian regimes in Europe. 3096<sup>th</sup> JUSTICE and HOME AFFAIRS Council meeting, Luxembourg, 9 and 10 June 2011, [www.webcitation.org/5zO7mIFTb](http://www.webcitation.org/5zO7mIFTb), letzter Zugriff: 01.06.2011.

die 2011 intensivierte innerrussische Diskussion über die jetzt auch so bezeichnete Entstalinisierung (*destalinizacija*) des Landes, die spürbare Verbesserung der russländisch-polnischen Beziehungen seit 2009 und verstärkt seit der Flugzeugkatastrophe bei Smolensk vom April 2010, welche das in seiner Brisanz dem Pakt von 1939 vergleichbare Thema Katyń mit einschloss, weiterhin das neuerdings als »Modernisierungspartnerschaft« bezeichnete deutsch-russländische Sonderverhältnis sowie nicht zuletzt die Debatten in den paneuropäischen Foren von Europarat und OSZE - und vor allem die seit 2004 intensivierten geschichtspolitischen Aktivitäten der Europäischen Union.

Noch einmal aber sei unterstrichen, dass die Aushandlungsprozesse auf EU-, OSZE- und Europaratsebene und ihre geschichtspolitischen Ergebnisse nur in Ausnahmefällen in Medien, Öffentlichkeit und Politik (sowie in der erinnerungskulturwissenschaftlicher Forschung<sup>54</sup>) der Mitgliedsstaaten Widerhall finden. Erinnerungskultur ist in Europa wie im Rest der Welt eine zuvörderst nationale Angelegenheit, die in der Regel nur wenige transnationale Schnittstellen aufweist. Gleich dem Europatag am

- 54 So findet sich in aktuellen und einschlägig betitelten Sammelbänden kein Hinweis auf die Initiative zur Etablierung des 23. August als europäischem Gedenktag. Vgl. *partes pro toto* Christian Joerges/Matthias Mahlmann/Ulrich K. Preuß (Hg.), »Schmerzliche Erfahrungen der Vergangenheit« und der Prozess der Konstituierung Europas, Wiesbaden 2008; Bo Stråth/Malgorzata Pakier (Hg.), *A European Memory? Contested Histories and Politics of Remembrance*, London, New York (NY) 2010, Muriel Blaive/Christian Gerbel/Thomas Lindenberger (Hg.), *Clashes in European Memory: The Case of Communist Repression and the Holocaust*, Innsbruck, Wien/Bozen 2010. Dasselbe trifft zu auf die europabezogenen Abschnitte bei Aleida Assman, *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München 2006. Als Ausnahme sticht hervor Claus Leggewie, zusammen mit Anne Lang, *Der Kampf um die europäische Erinnerung. Ein Schlachtfeld wird besichtigt*, München 2011, wo es heißt, »das Gedenken an den 23. August 1939, als der Pakt zwischen Hitler und Stalin geschlossen wurde«, gehöre »nicht mehr nur am Rande« zu »einer wirklich europäischen Geschichtspolitik« und »einer gesamteuropäischen Zeitgeschichtsschreibung« (S. 11), und wo Inhalt und Wirkung der Entschließung des Europaparlaments vom 2. April 2009 beschrieben werden (S. 192). Vgl. auch ebenda, S. 58, 65, 68 und 77-78, sowie ders., *Schlachtfeld Europa. Transnationale Erinnerung und europäische Identität*, in: Christoph Bieber/Benjamin Drechsel/Anne-Katrin Lang (Hg.), *Kultur im Konflikt. Claus Leggewie revisited*, Bielefeld 2010, S. 29-44, samt den Kommentaren dazu von Wolfgang Schmale, Stefan Troebst, Heidemarie Uhl und Siobhan Kattago, in: Ebenda, S. 45-64. Nicht zufällig war Leggewie als Experte an der von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen und oben zitierten »Study on how the memory of crimes committed by totalitarian regimes in Europe is dealt with in the Member States« von 2010 beteiligt.

9. Mai oder dem 27. Januar führt daher auch der 23. August als Black Ribbon Day bzw. Europäischer Gedenktag an die Opfer der stalinistischen und nazistischen Verbrechen in den meisten nationalen Erinnerungskulturen der nördlichen Hemisphäre gegenwärtig ein Schattendasein. Dass er im Zuge von fast drei Jahrzehnten als solcher überhaupt verankert werden konnte, muss indes als veritabler Erfolg paneuropäisch-transatlantischer, hier primär ostmitteleuropäischer Geschichtspolitik gewertet werden. Die geschichtspädagogisch begründeten Bedenken von Intellektuellen und Wissenschaftlern bezüglich einer Entwertung des 27. Januar, gar einer impliziten Gleichsetzung von Holocaust einerseits und GULag, Holodomor und Großem Terror andererseits, fallen angesichts des breiten transnational-parlamentarischen Konsenses zum 23. August politisch naturgemäß kaum ins Gewicht. Ob allerdings der 2009 kodifizierte neue euroatlantische Gedenktag Wirkungsmacht in allen oder zumindest in der Mehrzahl der Erinnerungskulturen der Nationalgesellschaften Europas, Eurasiens und Nordamerikas entfalten wird, ist eine Frage, deren Antwort in der Zukunft liegt.

